

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 129.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 5. November 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Verfammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

Die organisatorische und tarifliche Geschichte des Gutenbergbundes.

XVII.

Wenn man glaubt, über irgend eine „Gelbentat“ der Bündler hinweggekommen zu sein, muß man immer wieder die Erfahrung machen, daß in puncto Streikbrecherei der Gutenbergbund stets seinen eignen Reford schlägt, eine Ende somit gar nicht abzusehen ist. In der rigorosesten Weise wurde am 27. Januar 1900 das Personal der „Westfälischen Volkszeitung“ in Bochum von dem Geschäftsführer Knappe aufs Pflaster geworfen, nachdem bereits vor Weihnachten mit Einzelentlassungen vorgegangen worden war. Von dem neugebadenen Geschäftsführer wurde sofort mit dem Importe von Gutenbergbündlern, bezogen von der Firma Münstermann in Gelsenkirchen, wo Knappe früher in Kondition gestanden und die Bündler als Krausreißer schätzen gelernt hatte, begonnen. Ebenso erschien ein Inserat im „Typ.“, wonach 15 Sezer für eine Druckerei im westfälischen Industriebezirk vom Arbeitsnachweis des Gutenbergbundes gesucht werden. Man sehnte sich nach einem „neuen Ortsvereine!“ Nahezu 80 Verbandsmitglieder, fast alle verheiratet, darunter solche, die 20 bis 27 Jahre ununterbrochen im Geschäft tätig, verließen die Druckerei, an deren Stelle junge Milchgeichter traten, deren jugendliche Begeisterung auf den Streibuch und die Prinzipalsgunst dressiert war. In einer andern Bochumer Druckerei sprang ein Bündler nach Arbeitsluß der Firma zur Hilfe, was ihm von seinem Prinzipale die Entlassung eintrug.

In Posen wollte ein bündlerischer Metteur den Kollegen auf tarifwidrige Weise den „Sped“ entziehen, weshalb eine Kommission vorstellig wurde, der seitens der Geschäftsleitung Recht gegeben wurde — aber acht Tage später erhielt die Kommission — vier Mann — den „Sack“. Der Bündler hatte der Geschäftsleitung in willkommener Weise Anlaß gegeben, die Betreffenden für das Eintreten bei der letzten Tarifbewegung zu strafen. Der größte Teil des Personals erklärte sich mit den Gehindigten solidarisch. Alle Bemühungen der Kollegen, die Bundesleitung davon abzuhalten, Streikbrecher zu senden, blieben erfolglos, trotzdem sogar der Vorsitzende der graphischen Berufe in Posen (Girsch-Dunder) sich für diese Sache ins Zeug legte! Aber da kennt man den Gutenbergbund schlecht. In hellen Haufen kamen sie an. Und nicht etwa Konditionslose. Aus Diesdorf in Schlesien kam sogar der dortige Vorsitzende mit neun Mann an. Sie sitzen heute noch in ihrer „Pfründe“!

„Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis“ — nämlich in der Druckerei in Gumbinnen, in der Herrmann das Faktorszepter schwingt, kam es wegen der Tarifeinführung zu einem Konflikte. Doch, den „Bundesvater“ durfte man unmöglich im Stich lassen: Die Bündler blieben stehen, die Hälfte der Verbändler trat um der „dauernden Kondition“ willen in den Bund über, und bündlerische Krausreißer besorgten das übrige. Die Firma Krausenedt ist bis heute tarifuntreu. Das versteht sich von selbst, wenn ein Mann von der „gemissenen Klasse“ Faktor ist.

In einer konservativen Zeitung in Lillit hörten die Verbandsmitglieder auf, weil die Tarifbewilligung nach 14 Tagen rückgängig gemacht wurde. Die Folge war die Gründung eines „neuen Ortsvereins“. Doch nach kurzer Zeit flogen die arbeitswilligen Bündler wieder auf die Straße — „der Dank vom Hause Habsburg“.

In einer großen Stuttgarter Druckerei (Bonz' Erben) kam es wegen tariflicher Forderungen und Anerkennung des Koalitionsrechtes am 10. März 1900 zu einem Ausstande; 22 Verbandsmitglieder verließen ihre Plätze. Selbstverständlich waren Gutenbergbündler die ersten, welche die Stellen unserer Kollegen einnahmen.

Wie den Ansprüchen von Prinzipalen auf Arbeitswillige seitens des Gutenbergbundes in schnellster Weise zu entsprechen versucht wird, mag folgende Offerte beweisen:

Gutenbergbund, Ortsverein Stettin. Stettin, den 7. Mai 1900. Sie erhalten hier durch mich sofort angenehme Kondition, wenn Sie dem Gutenbergbunde beitreten. Telegraphieren Sie sogleich, ob Sie dieses wollen! Minimum 23,10 Mk. Seit mehreren Wochen 15 bis 20 Stellen durch unser Nachweis zu besetzen, aber keine konditionslosen Mitglieder vorhanden. Invaliden-, Kranken-, Konditionslosen-, Reiseunterstützung zusammen 75 Pfennig Wochenbeitrag. H. Trieloff.

Herr Trieloff witterte Morgenluft, deshalb hielt er seine Leute parat. Die „Konjunktur“ war eine sehr gute, deshalb hatte man „keine konditionslosen Mitglieder“. Und wie der Mensch mit dem Minimum umherwirft, gerade so, als ob in Stettin schon einmal der Gutenbergbund für den Tarif eingetreten wäre. Dabei berechnete Trieloff in der „Neuen Stettiner Zeitung“ für 32 Pf. pro Tausend! Aus Kolberg bewarb sich ein Kollege um Kondition bei dem Faktor Woswinkel in Stettin. Darauf erhielt der betreffende Sezer folgende Antwort — von Trieloff:

Herr Woswinkel hat mir Ihr Schreiben überfandt, worin Sie sich wegen einer Sezerstelle bemühen. Er will Sie nur unter der Bedingung engagieren, daß Sie Gutenbergbündler sind. Wenn Sie dem Bunde beitreten wollen, kommen Sie sofort nach Stettin und melden sich bei Herrn V. Formular betrefss Beitritt geben Sie dann an Herrn Wagner in den „N. N.“ ab oder an mich. H. Trieloff, Ortskassierer.

Das ist kein Terrorismus. Will er Bündler werden, kann er sofort anfangen, andernfalls mag er weiter hungern. Das ist die Moral derer, die in den Organisationsvertrag aufgenommen werden wollen, um das „Recht auf Arbeit“ zu verteidigen! Im übrigen ein neuer Beweis: es kommt nicht darauf an, was man als Buchdrucker leistet, sondern die Hauptsache ist, daß man dem Gutenbergbunde angehört. Diese eine Tatsache allein, die sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte des Gutenbergbundes zieht, daß die Bündler sich nie als Buchdrucker, sondern als Mitglieder des Gutenbergbundes bei Stellengesuchen in Empfehlung bringen und auch als solche verlangt werden, sollte für die objektiv denkende Prinzipalität ein Anlaß sein, einmal den Inhalt des Verbandes und den des Bundes gegeneinander abzuwägen. Der Größenwahn der Bundesleitung, die mit ihren 2855 Mitgliedern die Welt aus den Angeln heben will, beruht ja nur auf den Unterstühtungen aus unseren Scharsmacherkreisen, auf Anwerbungen durch tarifuntreue Prinzipale und wird außerdem getragen von den „Erfolgen“,

welche der Gutenbergbund von seinen gewerbmäßigen Verleumdungen des Verbandes bei Behörden und in der großen Öffentlichkeit erhofft. Deshalb plakt manchmal der „Typ.“ vor Hochmut, je nachdem die streikbrecherischen Chancen beschaffen sind. So erklärte er 1901 u. a. peremptorisch: „Wir sind mit einem Gasch fertig geworden und werden auch mit einem Rezhäuser fertig!“ Wie Figura zeigt, ist es mit der Prophetie im Bunde so eine eigne Sache. Alexander Dahl findet heute die Stelle noch leer, an die er 1901 unsern Skalp zu hängen beabsichtigte. Vielleicht ist der Hossäch glücklicher — an der guten Absicht fehlt es ihm wenigstens nicht.

Bei Dietrich in Stuttgart weigerten sich die Verbändler, zu untaritmäßigen Bedingungen zu arbeiten und hörten auf; an ihre Stelle traten Gutenbergbündler und andere Nichtverbandsmitglieder.

Während des Kampfes um die Tarifanerkennung hatten sich 1897 in Waldshut (Buchdruckerei Zimmermann) Bündler eingemischt, die nach und nach dem Bunde wieder verloren gehen.

Am 8. Juni fand in Halle a. S. eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, in welcher kein einziger Führer des Bundes erschienen war, trotzdem der Gehilfenvertreter Lösche über die Sitzung des Tarifausschusses Bericht erstattete, an welchen aus dem VI. Tarifkreise der Gutenbergbund sich wegen angeblicher tariflicher Benachteiligung durch den Gehilfenvertreter beschwerdeführend gewandt hatte. So hatte der Bund u. a. beantragt, vier in Eisleben wegen Eintretens für den Tarif arbeitslos gewordenen Bündlern den Schutz des § 48 zuzuwenden, den ihnen angeblich der Gehilfenvertreter versagt habe. Dabei stellte sich heraus, daß ein solcher Antrag beim Gehilfenvertreter gar nicht gestellt war, und „daß es den betreffenden vier Bündlern durchaus nicht darum zu tun gewesen sei, etwa für den Tarif einzutreten, sondern sie hätten damit nur eine Aufbesserung ihres Salärs von 12 auf 15 Mk. bezwecken wollen“! — „Wir sind tariftreuer als der Verband!“

Bei dem Versuche, die Thüringische Kunstanstalt Fr. Bartholomäus in Erfurt zur Anerkennung des Tarifes zu bewegen, kam es zur Kündigung der Verbandsmitglieder. Daraufhin Suche nach „tariftreuen“ Bündlern, die nicht erfolglos blieb. Wie sehr die Bündler auf die Prinzipalsunterstützung angewiesen sind und die Prinzipale wiederum wissen, was sie an den Bündlern haben, beweisen abermals zwei Briefe, die von Herrn Bartholomäus an stellersuchende Kollegen gerichtet wurden:

I. Ich empfang Ihren Brief vom 6. ds. und bin nicht abgeneigt, Sie zu engagieren, nur möchte ich von Ihnen die Erklärung haben, daß Sie sich an keiner Bewegung beteiligen werden und keinem Verbands, außer Gutenbergbund, beitreten. Wenn Sie dem Gutenbergbunde beitreten würden, wäre es mir unangenehm, da ich Wert darauf lege. — II. Sie können sofort bei mir antreten, wenn Sie sich verpflichten, sofort beim Eintritt in mein Geschäft dem Gutenbergbunde beizutreten.

Bei so viel Liebe tarifuntreuer Prinzipale für den Gutenbergbund und einer solchen charakteristischen Werthschätzung erübrigt sich jedes Wort über die tarifliche Ehrlichkeit des Gutenbergbundes.

Das Tarifamt beschließt: „Das Tarifamt ist einstimmig der Ansicht, daß der Gutenbergbund seine tariflichen Pflichten nicht erfüllt.“ In der Tarifausschubsetzung von 1900 erklärt der Prinzipalvertreter Friedrich-Breslau, „daß ihm der Gutenbergbund nicht so wichtig sei, daß sich der Ausschub mit ihm lange beschäftigen“. Dieser Zuspruch nach jahrelangen Streikbrechereien von den Prinzipalen, das war schmerzlich, aber verdient. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß nach dem in Nr. 11 des „Typ.“ von 1900 veröffentlichten Adressenverzeichnis der Ortsvorstände des Bundes nahezu der fünfte Teil der dort aufgeführten Vereinsleiter des Bundes sich an Orten befindet, wo von einer tarifstreuen Firma nicht eine Spur zu entdecken ist!

In Neuruppin konditionierte das Gros der Bündler und ihr Vorsitzender Maschinenmeister Walter in der tarifuntreuen Druckerei der „Märkischen Zeitung“. Diese Druckerei engagierte nur Nichtverbändler mit Wochenlöhnen von 16 bis 18 Mk., nach etwa fünf Jahren erhielten sie das Minimum. Als ein Versuch gemacht werden sollte, den Tarif dort einzuführen, erklärte der Vorsitzende des Bundes: „Ich habe das Minimum und werde mich hüten, für andre mir die Finger zu verbrennen.“ Allerdings, bis jetzt war es immer Sache der Verbändler, für andre sich „die Finger zu verbrennen“.

In der Druckerei A. Isaac in Posen werden bei 12 Gehilfen (vornehmlich Gutenbergbündler) 12 Beurlinge beschäftigt. Bei Strafe sofortiger Entlassung stellt Herr J. keine Verbandsmitglieder ein, sondern nur Bündler.

Außer bei E. Wunde, wo die tarifwidrigsten Verhältnisse herrschen und nur Bündler beschäftigt werden, ist daselbe auch bei E. A. Starke in Görlich der Fall. Ein früherer Bündler behauptet, daß nur 18 Mk. gezahlt wurden.

In der Druckerei von Häbringer in Berlin versuchte der Besitzer Silber, die Verbandsmitglieder nach und nach abzuschlachten und an deren Stelle Bündler zu setzen. Das Personal ließ sich das aber nicht gefallen und hielt es unter solchen Umständen, nachdem die ersten acht Bündler ihren Einzug gehalten, unter seiner Würde, weiter zu arbeiten. Seher, Drucker, Sterotypere, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen machten den Bündlern Platz. Einer derselben wurde „Faktor“ und skizzierte nun das Personal nach Herzenslust, aber ein Bündler ist das ja gewohnt.

Im November 1900 erschien abermals eine Agitations-recte Verleumdungsschrift der Bundesleitung gegen den Verband, betitelt: „Verband, Gutenbergbund, Tarifgemeinschaft, ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung des Gutenbergbundes durch die Gehilfenvertreter im Tarifausschusse und -amte der deutschen Buchdrucker“. In dieser Schrift, die sich in denunziatorischer Weise an die deutsche Prinzipalität wendet, wird gegen die Tarifbehörden der Vorwurf bewußter einseitiger Tätigkeit erhoben. In üblicher Weise inserierte man die deutsche Prinzipalität an, dem Bunde zu helfen, der sich gewiß revanchieren würde. Aber diesem verächtlichen organisatorischen Gebilde wurde von den anständigen und tarifstreuen Prinzipalen nicht die geringste Beachtung zuteil.

Im Jahre 1900 hatten wir auch zweimal die Ehre, wegen Bündlerbeleidigung vor Gericht erscheinen zu können. Einmal war es der „Bundesvater“ Herrmann, der wegen der ihm gewordenen Kritik ob seines Verhaltens bei der Tarifeinführung in Gumbinnen den Klagenweg beschritt, was uns eine Geldstrafe von 40 Mk. eintrug. In dem damaligen Gerichtskenntnis heißt es u. a.:

„Soweit die Angaben in dem gerügten Artikelpassus über die Lohnverhältnisse bei der Firma Kraußeneck, die, wie Mehrläufer mußte und wie seine Meinung ist, für den Leser mögliche Auffassung zulassen, Herrmann mache sich, wie klar ist, aus moralisch verwerflichen Motiven wissentlich der Beihilfe zu der über einen angemessenen Unternehmerprofit hinausgehenden gewinnfüchtigen Ausbeutung der Arbeitskräfte der Firma Kraußeneck zu seinem und deren Vorteile schuldig, enthält der unter Anklage stehende Artikelabsatz die Behauptung einer Tatsache der durch § 186 des Strafgesetzbuches betroffenen Art. Das war auch Mehrläufer. Die Wahrheit dieser, die moralische Integrität Herrmanns angreifenden Behauptung ist nicht er-

wiesen, konnte auch dahinstehen, weil dem Angeklagten sein guter Glaube daran nicht zu widerlegen war, und weil ihn insoweit der § 193 des Strafgesetzbuches vor Bestrafung bewahrte. Der Schutz dieses Paragraphen war ihm im allgemeinen deshalb zu gewähren, weil er den gerügten Artikel in einer Fachzeitung für das Buchdrucker- und Schriftgießergewerbe gebracht, nicht bloß als verantwortlicher Redakteur, sondern auch als Buchdrucker, der gegebenenfalls dieses Gewerbe wieder ergreifen dürfte und der an dem wirtschaftlichen Aufschwunge der Lage seiner Angehörigen vom Arbeitnehmersstande ein eignes berechtigtes Interesse befigt und dieses in dem den Gutenbergbundsmitgliedern als seinen unabweisbar billigen Bestrebungen zur Hebung seiner und seiner Gesinnungsfreunde Arbeitsverdienst hinderlichen Berufsingenossen gewidmeten Artikel hat wahrnehmen wollen. Diese Absicht konnte ihm auch hinsichtlich der Herrmann erwähnten Artikelabsätze unbedenklich gelaubt werden. Sie schützte ihn aber nicht vor Bestrafung aus § 185 des Strafgesetzbuches, denn soweit er in dem Artikel geringfügig von dem „Kaliber“ der Mitglieder des Gutenbergbundes spricht, diesen verächtlich und nun ihn und seine Mitglieder der Lächerlichkeit preisgebend eine „Destillenorganisation“, zu deutsch eine Gesellschaft von Schnapsbrüdern, nennt und Herrmann, den er in unmittelbarem Zusammenhange mit der Bezeichnung des Gutenbergbundes einer „Destillenorganisation“ namentlich erwähnt, ironisch und an die Führer niedrigstehender Völkerrassen anknüpfend als „Bundeshauptling“ bezeichnet, hat er Herrmann, wenn er es auch leugnete, zweifelsohne beleidigen wollen, wie denn die drei Ausdrücke, auch nach Reghäufers Vorstellung, in Wahrheit Ehrenkränkungen gerade für Herrmann enthalten, gegen den sich die beiden ersten eben wegen seiner namentlichen Erwähnung in dem Artikel ganz besonders richten. . . . Bei der Strafzumessung war einerseits zu erwägen, daß die Beleidigung eine schwere nicht ist, und daß in dem Kampfe des Angeklagten gegen den Gutenbergbund auch von der Gegenpartei, wie man Reghäufers glauben darf, mit scharfen Waffen gekochten wird.

Herr Herrmann hatte keine Ursache, auf dieses Urteil besonders stolz zu sein. Lediglich drei im Urteilstenor aufgeführte Bezeichnungen führten zu einer Bestrafung. Sachlich stellte sich das Gericht auf den Standpunkt des Angeklagten resp. sprach ihm den Schutz des § 193 zu. Der Ruhm Herrmanns ließ aber die übrigen Bundesführer nicht schlafen, und rückten sie eines Tages acht Mann hoch an, und zwar die Herren Guenau in München, G. Bögeler in Schöneberg, August Köhler in Charlottenburg, Fritz Krüger in Schöneberg, Willy Dreuside in Rixdorf, G. Friedrichs, E. Stommel und Paul Großmann in Berlin, um Reghäuser endlich einmal unterzukriegen. Und der Effekt dieser Haupt- und Staatsaktion: 75 Mk. Geldstrafe! Wie bei Herrmann bildeten auch hier die Artikel „Die Destille in der Lindenstraße“ die Grundlage der Anklage. Und wiederum waren es nur formelle Beleidigungen, welche zu sühnen waren (a Person lumpige 9 Mk.). In seiner Urteilsbegründung sagte das Gericht u. a.:

„Der gerügte Artikel wirft weiter den Privatklägern, außer Guenau, vor, sie verleumbeten zielbewußt durch Aufstellen der Behauptung: Ein Nichtverbandsmitglied könne den dunklen Flecken der Streikbrecherei durch Beitritt zum Verbands wieder auslöschen“, d. h. der Verband nehme Streikbrecher anstandslos auf. — Die Bundesführer beantworteten die Vertretung der Interessen aller Kollegen durch den Verband mit Verdächtigen des Beselben“, womit der Angeklagte sagen will, jene behaupteten bewußt wahrheitswidrig, die leitenden Persönlichkeiten im Verbands bereicherten sich auf Kosten der Verbandsmitglieder, die Bundesführer im Gutenbergbunde erstrebten vor allem ihren eignen Vorteil, nicht das Wohl der Gehilfenchaft — hierauf beziehen sich die Ausführungen auf Spalte 2, 3 und 4 des gerügten Artikels in Nr. 13 und die Wendungen „schmachvolle Profitationsversuche der Bundesleitung“ und „die edlen Absichten der Herren in der Lindenstraße“. Es sind hierin Behauptungen von Tatsachen der durch § 186 Fall 1 des Str.-G.-B. betroffenen Art zu erblicken. Diese Eigenschaften seiner Behauptungen konnte auch der Angeklagte. Sie sind als wahr nicht erwiesen. Es kommt jedoch darauf ebensowenig etwas an als auf die Führung des vom Angeklagten angetretenen Beweises dafür, daß der Gutenbergbund offiziell mit dem Verbands auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehe, daß seine Mitglieder in Wahrheit jedoch vielfach, wie in Magdeburg und Berlin geschehen, bei vom Verbands unternommenen Bewegungen zur Befreiung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnissen der Gehilfenchaft jene Bestrebungen durch Eintritt in die freiwillig oder unfreiwillig von Verbandsmitgliedern verlassenen Arbeitsstellen verteilten und erschweren. Denn so weit der Angeklagte Tatsachen behauptet hat, sprach nichts gegen seine Gutgläubigkeit an deren Wahrheit, zumal, was die angeblühn eigennütigen Bestrebungen der Führer im Gutenberg-

bunde angeht, ihm in dieser Richtung sogar das eigene Organ des Bundes, der „Typograph“ — cf. Abschnitt 3 des gerügten Artikels — Recht geben zu wollen scheint. Und es war insoweit dem Angeklagten der Schutz des § 193 Str.-G.-B. nicht zu verlagern: denn der Angeklagte ist selbst Buchdrucker und Redakteur einer Fachzeitung, er kämpft für Interessen, die als berechtigt angesehen werden müssen und denen mindestens nach seiner Meinung der Gutenbergbund und seine Führer hinderlich im Wege stehen. Dieses den Interessenten auseinander zu setzen, dem Bunde dadurch Abbruch zu tun und die von ihm vertretene Gehilfenorganisation dadurch zu stärken, sind, wie man dem Angeklagten glauben darf, den berechtigten Interessen, die der Angeklagte verfolgt, dienliche Zwecke des gerügten Artikels gewesen. Daneben beabsichtigte der Angeklagte aber, die Privatkläger zu beleidigen. Das erhellt aus dem spöttischen Tone, der in dem gerügten Artikel angeschlagen ist, aus der alles Maß überschreitenden Kritik der Handlungsweise der Privatkläger, denen er besonders die Fähigkeiten zu niedrigem Berrate an der Sache der Gehilfenchaft um eignen Vorteils willen ansinnt und den in bezug auf sie gebrauchten Schimpfworten, wie sie oben als unter § 185 Fall 1 des Str.-G.-B. fallend erwähnt sind. Der gerügte Artikel ist als eine Beleidigung im natürlichen Sinne anzusehen, und zwar liegt bei der Mehrheit der Verletzten und Einheit der Tat ein Fall gleichartiger Ideal Konkurrenz nach § 73 des Strafgesetzbuches vor. Der Angeklagte war daher nach den §§ 185, 1, 200 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 20 Abs. 1 des Reichsgesetzes über die Presse von 1874 zu bestrafen. Der Angeklagte ist mehrfach in gleicher Richtung vorbestraft. Er beleidigte auch eine Mehrheit ihm persönlich nicht zu nahe getretener Männer gröblich. Das schlug zu seinen Ungunsten aus. Zu seinen Gunsten kam in Betracht, daß es auch die Gegner des Angeklagten im Gutenbergbunde — vergleiche die vorgetragenen Artikel im „Typograph“ — an den schwersten Beschimpfungen gegen Mehrläufer nicht fehlen lassen und daß gegen seine Persönlichkeit sonst nichts Nachteiliges vorliegt. Darum ermahnen 75 (fünfundfünfzig) Mark Geldstrafe, hilfsweise 25 Tage Gefängnis, eine angemessene Strafe.

Vor Gericht lassen sich allerdings „schmachvolle Profitationsversuche“ der Bundesleitung juristisch nicht nachweisen. Wie man aber die zahllosen Fälle nennt, die wir in dieser Artikelserie über den Bund festgestellt, überlassen wir der Beurteilung unserer Leser: vor jedem anständigen Gehilfen blieb und bleibt die Bundesleitung geferngetrennt. . . . Der Böse hatte aber Blut geleckt, und so ging man zum. hätten gegen den christlichen Bergarbeiterführer Brust los. Derselbe hatte den Bund eine Streikbrecherorganisation genannt und nachgewiesen, daß der Bund eine Organisation sei, „die es sich zur Aufgabe gemacht, den um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Gehilfen in den Rücken zu fallen“. In hundert von Fällen sei dieser auch-Gehilfenorganisation „ihre schmutzige Handlungsweise bewiesen worden“. In der Verhandlung wurde seitens des Beklagten der Beweis angetreten, daß die Bündler in zahlreichen Fällen Streikbrecherdienste geleistet haben, und das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für die behaupteten Tatsachen als erbracht! Wenn Herr Brust dennoch wegen formeller Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, so bleibt andererseits die Tatsache bestehen, daß ein Gericht den Gutenbergbund als Streikbrecherorganisation bewertete. —

In die Erinnerung mahnen wir seit aus dem Jahre 1900 noch die glanzvoll verlaufene Gutenbergfeier in Mainz sowie die zahllosen, aus Anlaß der Fünfshundertjahrfeier Gutenbergs in ganz Deutschland abgehaltenen Festlichkeiten. Der Verbandsvorstand gab aus diesem Anlasse eine „Gedenkschrift“ heraus („zur Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“). Im Oktober fand in Berlin zwecks Vorbererung zur Tarifrevision eine Gauvorsteherkonferenz statt. Das Tarifamt nahm eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie eine Lebensmittelstatistik auf, ebenso statistische Erhebungen über den Betrieb und die Beschäftigung an Sechsmaschinen. Der Zentralverband deutscher Industrieller gab in einem vertraulichen Rundschreiben bekannt, daß auf Höheren Wunsch „12000 Mk. zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ (Zuchthausvorlage) beschafft werden müßten. Im November wurden unsere Kollegen in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ gemahregelt.

Die christlich-nationalen Arbeiter.

(Schluß)

Der Verlauf des „zweiten deutschen Arbeiterkongresses“ liefert den bündigsten Beweis, daß für eine wirtschaftliche Ziele verfolgende Zusammenfassung von Arbeitern eine christlich-radikale Grundlage ein Urding ist, oder, um in dem von uns gewählten Bilde zu bleiben: Unfinn.

Wie unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt geworden ist, machte die Reichsregierung von ihrer unter Posadowsky beobachteten Praxis eine auffällige Ausnahme: der neue Staatssekretär des Innern erschien in eigener Person auf diesem Arbeiterkongresse und mit ihm der preußische Handelsminister, der am 30. Mai 1906 im Herrenhause den christlichen Gewerkschaften die arg verschmäpft „Anerkennung“ zollte:

Aber ich muß ausdrücklich betonen, daß die Art und Weise, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgen, sich nicht immer deckt mit dem Königsstich, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen, und mit dem Hoch auf das Vaterland, mit dem sie zu schließen pflegen.

Zwischen dieser Wertung und der auf dem Mannheimer Sozialpolitiktage im Jahre 1905 von dem Syndikatsgewaltigen Geheimrat Rüdorff gefallenen Beurteilung: die christlichen Gewerkschaften trieben Heuchelei, besteht doch ein gewisser logischer Zusammenhang.

Herr Delbrück allerdings schwieg auf dem Kongresse, um so geschicklicher aber war Herr Bethmann-Hollweg, der in der vergangenen Woche auch dem Zentralverbande der Industriellen eine Begrüßungsansprache hielt. Wenn der neue Minister für Sozialpolitik persönlichen Anschauungsunterricht nehmen will für die vielen und großen Aufgaben seines umfangreichen Ressorts, so ist das ja ganz hübsch. Aber er wird es auch um so leichter mit den Unternehmern wie mit den Arbeitern, deren Tagungen er seine Unwesenheit schenkt, verderben können. Bei diesen Savieren zwischen Stylla und Karybdis wird es nicht ohne Havarien abgehen. Bethmann-Hollwegs Rede bei den Christlich-Nationalen, die mit ihren Sprüchen gegen die sozialdemokratische Bewegung, und der mehrmaligen Zitterrede des bei jener Arbeitererziehung allseitig zugänglichen Schredgespenstes Terrorismus deutlich genug zu verstehen gab, welche Motive die Regierung zu einer offiziellen Begrüßung durch zwei Minister mit einem Stabe von Geheimräten leiteten, findet denn auch selbst unter den Beteiligten eine abweichende Beurteilung. Das die evangelische Sparte vertretende Berliner „Reich“, das so gern sich in Verhimmelungen ergeht, wo vernünftige Leute noch ganz nüchtern zu sehen, zu sprechen oder zu schreiben pflegen, ist ganz aus dem Götzen über Bethmann-Hollweg:

Der Minister bekundete ein tiefes Verständnis für die große Frage der Zeit. Und er ließ es nicht bei Allgemeinheiten bewenden, sondern entwickelte ein klares, bestimmtes Programm. Die Sorge, die beim Abschiede des Grafen Posadowsky aufstieg, daß eine rückläufige Bewegung auf sozialem Gebiete einsehen werde, ist wie eine Dunstwolke verpuffen. Es geht nicht rückwärts, sondern vorwärts! ... Es wird zwei Reichstagswinter dauern, bis ein endgültiges Urteil über unsern Arbeitsminister möglich ist. Aber das sagen wir doch: seit Sonntag hat er bei der christlich-nationalen Arbeitererziehung einen Stein im Brett. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in M. Stadbaach, Organ der katholischen Arbeitervereine, urteilt dagegen bedeutend höher:

Der Staatssekretär erhob sich sofort nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden zu einer Rede, die trotz ihrer Höflichkeit und diplomatischen Verbindlichkeit nicht in allen Teilen „Sonne“ war. Herr v. Bethmann-Hollweg war vorsichtig, zurückhaltend, mahnte viel mehr, als er anerkannte. Vielleicht steht er jenen Freisen nicht allzu fern, die einer freien, freien Machtentfaltung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit etwas Bangen begegnen. Der Passus in der Rede über die positiven Ziele der Bewegung war schwach. Was der Staatssekretär versprach, war nicht viel — ein Auschnitt aus dem wohlbegründeten Wunschzettel der Arbeiterschaft.

Das klingt wahrhaftig nicht so, als ob Herr Bethmann-Hollweg sich einen Stein im Brett bei der christlich-nationalen Arbeiterschaft erobert hätte.

Freilich, die verehrlichen Kongreßteilnehmer, welche überhaupt eine Weisheitskrone entfalten, die nicht darauf schließen läßt, daß sie darin nur aller vier Jahre zu einer Lebung einberufen werden, haben die Ausführungen des Ministers mit einer Begeisterung aufgenommen, als ob ihnen die Erfüllung sämtlicher Forderungen feierlich versprochen worden wäre. Daß es aber mit den Versprechungen Bethmann-Hollwegs nicht weit her war, ergibt sich ja daraus, daß er nur das noch mit einem geheimnisvollen Dunkel umfüllte Reichstagsgesetz, eine Gesetzesnovelle über die Frauenarbeit und die Arbeitskammern als gesetzgeberische Aktionen in Aussicht stellte, von denen die zwei letzten Arbeiten noch von Posadowsky vorbereitet sind, dem er anerkennenswerterweise volle Gerechtigkeit widerfahren ließ. Was Posadowsky nachfolgend in seiner vortrefflichen Ansprache den christlich-nationalen Arbeitern sonst noch zu sagen wußte, war auf den Ton des „Betrübners“, wie die „Frankfurter Zeitung“ schrieb, oder eines „Patriarchen“ („Derliner Tagesblatt“) abgestimmt und bildete die eine große und infandige Ermahnung, nicht dem Radikalismus zu verfallen. Also eine Bergpredigt, deren Sinn den Zuhörern jedoch vollständig verloren ging, denn sonst wären sie gewiß nicht außer Rand und Band geraten vor Freude.

Mit der Ermahnung zu „Fleiß, Gottesfurcht, Frömmigkeit und Zufriedenheit“, den vier Grundpfeilern, die angeblich den deutschen Arbeitern eine glückliche Zukunft sichern, wird man aber trotzdem jene Arbeiter nicht zufrieden stellen, welche gewiß nicht zu leicht in den Fehler verfallen, übertriebene Forderungen zu stellen.

Der Reichskanzler aber hatte bei der einer Kongreßdeputation in Klein-Flottbeck gewährten Audienz aus dem winzigen kleinen Bethmannschen Kucher anscheinend schon die Rosine der Novelle über die Frauenarbeit entfernt. Die von dem Kongresse aufgestellten wichtigsten Forderungen berührte er mit keinem Worte, keine Silbe von der Sicherung und dem Ausbau des Koalitionsrechtes, dafür kam aber auch aus Bilows Mund die Warnung vor einseitigen und übertriebenen Forderungen und die schon gewohnte tröstliche Versicherung, die Fortführung der Sozialpolitik, in der feineswegs eine Ruhepause eingetreten sei. Derselbe Reichskanzler, der vor vier Jahren dem Bureau des „ersten deutschen Arbeiterkongresses“ die wohlwollendste Prüfung der von diesen aufgestellten Forderungen mit verbindlichen Worten verließ und dieses Versprechen mit einem warmen Händedruck besiegelte, in dem gar nicht so kleinen Zeitraum zwischen dem ersten und zweiten Kongresse aber auch nicht eine einzige erfüllte, ging also noch unter das Maß der Bethmann-Hollwegischen Zusicherungen, die ein bürgerliches Blatt als „sozialpolitische Wasserleuchte“ bezeichnet und von denen ein andres sagt: „Wenn er nicht besser Dampf hinter die Sozialpolitik macht, dann wird er mit einem Fiasko endigen, das nicht bloß ihn selbst trifft, sondern die bürgerliche Gesellschaft mit.“

Und mit Bethmann-Hollweg und Bilow versicherten der konservative Abgeordnete Pauli-Potsdam, der National-liberale Schnabaach, der Antisemit Diebermann v. Sonneberg (welcher in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung geradezu eine rettende Tafel erblüht), der Reichsparteiler Ling sowie der Zentrumsheld Erzberger dem Kongresse und seinen Bestrebungen das denkbar größte Wohlwollen und alle mögliche Förderung. Mehr konnte in Worten billigerweise nicht verlangt werden. Nun, nachdem ein Mann wie Posadowsky dem Drängen der Scharfmacher weichen mußte, ist ja die Bahn zu Laten frei. Nunmehr werden alle diese Parteien, ob reaktionär, nationalliberal, Zentrum oder antisemitisch — die linksstehenden Parteien hätte man bezeichnenderweise gar nicht eingeladen! —, im Parlamente einen rührenden Wettstreit entfalten, damit endlich die Forderungen — des Frankfurter Kongresses von 1903 befriedigt werden! Oder nicht? Sollte das Organ der Partei des ebenfalls den Berliner Kongreß begünstigenden Herrn Ling, die „Post“, mit ihrer vor einigen Tagen geäußerten Meinung, daß man sich doch nicht über die Verteuerung aller Artikel zu wundern brauche, „da doch nicht nur die Sozialpolitik alle Gewerbe gewaltig belastet, also das Untertonto, d. h. die Preise steigert, sondern auch die Löhne der Arbeiter durch den Druck der koalitierten und organisierten Arbeiterschaft sehr stark erhöht worden sind. Die Sozialpolitik und die Arbeiterbewegung sind in allererster Linie an den steigenden Preisen schuld“, nicht viel mehr auch das künftige Tempo der Sozialpolitik andeuten? Es war deshalb ein starkes Stück, daß Stegerwald betonte, die christliche Arbeiterbewegung habe, und wie für die agrarischen Schutzgilde eingetreten sei, ein Unrecht auf Unterstützung von seiten der politischen Vertreter der Landwirtschaft. Ein Appell an die Großmut der Lebensmittelverkäufer wegen dieser Leiden Gottes von Arbeitern gewordenen Unterstützung! Die christlich-nationalen Arbeiter haben, dünkt uns, alle Ursache, ihren Freunden und Gönnern und auch manchem ihrer Führer nicht zu sehr über den Weg zu trauen.

Wenn man die Kongreßreden, anfangend von der Berichterstattung durch Weßens mit den Spigen gegen die sozialpolitisch unstätige Regierung, Revue passieren läßt, so muß man aber trotzdem anerkennen, daß diese Männer im allgemeinen das richtige Verständnis für die Erfordernisse unsrer Zeit haben und auch mit ihrem Urteile über den Stillstand der Sozialgesetzgebung — wie in vieler Beziehung sogar rückläufig sei! — gar nicht hinter dem Berge hielten. Wer könnte nicht Ausführungen zustimmen wie den folgenden von Stegerwald: Notwendig sei eine Konzentration der Krankenkassen und eine Mitwirkung der Arbeiter bei der erstinstanzlichen Rentenfestsetzung bei Unfällen. Die Organisation der Invalidenversicherung sei zu bürokratisch. Der zehnstündige Arbeitstag nicht nur für Frauen sei bereits in fast allen Kulturstaaten auch für Männer gesetzlich festgelegt. Eine Verbesserung der Beamteneigenschaft, namentlich der niedrig besoldeten, sei eine dringende Notwendigkeit. Der heutigen Arbeiterschutzgesetzgebung fehle die nötige Zusammenfassung, sie sei zu der industriellen Entwicklung nicht fortgeschritten. In Deutschland habe, namentlich in der Montanindustrie, eine gewaltige Kapitalkonzentration stattgefunden. Viele industrielle Betriebe drohen direkt, ein Staat im Staate zu werden. Seit der unglücklichen Sibirienaffäre habe man von einem Einstufse des Staates in dieser Beziehung nichts mehr gehört. Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse reiche die bestehende Arbeiterschutzgesetzgebung keineswegs aus, dazu müssen neue Wege beschritten werden. Speziell seien zu fordern: die Schaffung einer modernen Gesindeordnung sowie die Schaffung eines Freiheitsrechtes für Ausländer, das diese bei Streiks vor fremdlicher Willkür schützt. Bei den sozialen Wahlen sei allgemein das Proportionalitätssystem in Anwendung zu bringen.

Die vorgebrachten Klagen über Klassenjustiz könnten ebenjogut auch auf einem unserer Gewerkschaftskongresse zur Sprache gekommen sein. Die einzelnen Wünsche und

Anträge betreffs die Organisationsmöglichkeit der Beamten im Verkehrgewesen, Gleichstellung der Arbeiterkonsumvereine, Einführung eines Reichsberggesetzes, eines freizeithilflichen Vereins- und Verfallungsgesetzes, ausgedehntere Sonntagsruhe für Handel, Verkehr und Schifffahrt wären ebenfalls zu akzeptieren. Sie verdrängten sich später zur Annahme von Resolutionen. Sie fordert obligatorische Einführung des Verhältniswahlsystems bei allen Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechtes. Die zweite Resolution verurteilt die Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften. Die dritte verlangt ein Reichsberggesetz. Die vierte ein freizeithilfliches Reichsvereinsgesetz mit dem ausdrücklichen Verlangen des Organisationsrechtes für die Staatsangestellten. Die fünfte erklärt sich entschieden gegen die gelben Gewerkschaften. Die sechste Resolution protestiert gegen die Bestrebungen zur Verschlechterung der Arbeiterversicherung; die Ausnahmebestellung der ländlichen Arbeiter soll beseitigt werden durch ihre Einbeziehung in die Krankenversicherung und Gewährung des Koalitionsrechtes.

Auch das Referat von Wieber, dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes, über die Zustände in der gesundheitsgefährlichen und schweren Industrie kann man, von den üblichen Beweismächtigungen der christlich-gewerkschaftlichen Latratz abgesehen, gelten lassen. Und wie eine Reihe anderer Redner diese düstere Schilderung noch ergänzte mit Argumenten, die den Industriefeudalismus und die förmliche Hörigkeit der Arbeiter in der Großindustrie in einem geradezu abschreckenden Maße erscheinen ließen, das zeugte von einer Ungutredigkeit, ja einer — durchaus berechtigten — Empörung, gegen deren Macht die Bethmann-Hollwegischen und Bilowischen Ermahnungen zur Bescheidenheit beim Ausfüllen des Wunschzettels wie ein Kartenhaus über den Haufen stützen mußten. Wenn ein Bergarbeiter aus dem Gaargebiete unter lebhaftem Beifalle des Kongresses erklären konnte: „Der Herr Staatssekretär von Bethmann-Hollweg habe am Sonntag gesagt, es müsse auf beiden Seiten Entgegenkommen gezeigt werden. Da müsse er feststellen, daß bei den Bergwerksbesitzern nicht für zwei Pfennig Willen zum Entgegenkommen vorhanden sei“, so muß man an maßgebender Stelle doch wohl gewahr werden, daß man mit einem Frontwechsel, wie dem jetzt in so auffallender Weise geschehen, denn doch den Anschluß verpaßt hat. Wenn auch zuzugeben ist, daß seit dem Frankfurter Kongresse die Scheidelinie zwischen den Christlichen und den freien Gewerkschaften außerlich eine größere geworden ist infolge des Hineintragens von parteipolitischen Momenten haben wir drüben und eine Feindseligkeit Maß getroffen hat, die auf dem vorjährigen christlichen Gewerkschaftskongresse (Breslau) den Professor Sombart veranlaßte, den Gewerkschaftskritiken derb ins Gewissen zu reden wegen ihres intoleranten Verhaltens den sogenannten sozialdemokratischen Arbeitern gegenüber, so wies doch bei den Christlich-Nationalen der durch das Scheitern der Regierungssonne erzeugte Rauch schnell verfliegen, wenn sie sehen, daß wiederum den schönen Worten keine Taten folgen. Und dazu liegt begründeter Argwohn vor, wie andererseits sich schon Anzeichen der Ernüchterung bemerkbar machen.

Herr Wieber bewies aber, daß das Anschlußverpassen nicht lediglich ein Malheur der Regierung sein kann. Denn in der von ihm unterbreiteten Erklärung, die zur Abstellung der vielen und schlimmen Zustände in der Montanindustrie eine ganze Reihe von Forderungen aufzählt, heißt es zum Schluß: „In der Erkenntnis, daß die gegen den Arbeiterschutz und die Koalitionsfreiheit gerichteten Maßnahmen am besten bekämpft werden durch eine starke gewerkschaftliche Organisation, werden die Arbeiter aufgefordert, sich der christlich-nationalen Bewegung anzuschließen.“ Da hat man den Zusammenbruch der christlich-nationalen Theorie: Erst wird das ganze Arbeiterelend in der Schwerindustrie aufgerollt, auf die dringende Gefahr verwiesen, daß die Arbeiter in derselben fast in die Hörigkeit zurückfallen, ganz richtig wird dagegen die Hilfe des Reichstages angerufen und ebenso richtig auf die unabwendbare Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter hingewiesen — um dann als Krönung des Ganzen mit einem Appelle zur Zerspaltung der Kräfte zu enden! Bedenkt man, daß die christlich-nationale Arbeitererziehung doch nur zum kleinsten Teile eine Gewerkschaftsbewegung repräsentiert, eigentlich nur soweit die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen — für die der ganze Berliner Kongreß ja überhaupt nur eine Staffage bildete —, so wies der Tollwahn einer solchen Taktik erst vollends klar. Es ist doch zum Verzweifeln, wenn man sieht, wie Arbeiter bei Betrachtung ihrer Lage zu ganz zutreffenden Voraussetzungen gelangen, um diese dann im Nachhinein ebenjogut wieder abzumurren. In wessen Interesse? In dem der Arbeiter keinesfalls! Und darum nochmals: Eine wirtschaftliche Arbeiterbewegung auf christlich-nationaler Grundlage ist Unfinn!

Herr Stegerwald, der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und im Nebenamt wirklicher Vorsitzender des Guttenbergbundes, konnte es sich nicht verkneifen, auch die sogenannte Buchdruckerfrage anzuführen. Dazu war die Gelegenheit allerdings sehr günstig, denn der Kongreß hatte ja das Ohr der Regierung! Wo jetzt jeder mit einem Zylinderhute Einherwandelnde eine Demingation des „terroristischen“ Buchdruckerverbandes anzuhören gewungen wird, war es doch selbstverständlich, daß auch der christlich-nationale Arbeiterkongreß dieses Schauermärchen aufgetischt bekam. Herr Stegerwald wettete also gegen unsern Organisations-

vertrag, verwarf aber nicht unter allen Umständen solche „Monopolverträge“. Er meinte nämlich — wir zitierten diesen Teil der Verhandlungen nach dem „Typograph“ —, diese Verträge hätten insofern eine gute Seite, als sie die Schmutzkonturrenz ausschalten und das Gewerbe heben wollen; „auch gibt es in allen Gewerben Angehörige, die sich von den gemeinschaftlichen Opfern, die die Hebung des Gewerbes erfordert, ausschließen, aber die Früchte dieser gemeinsamen Tätigkeit mitgenießen wollen. Dagegen erscheinen Monopolverträge angebracht.“ Eine bessere Sanktion unseiner Organisationsverträge, wie hier durch Herrn Stegerwald vollzogen, läßt sich wohl nicht denken. Die gewerkeförderliche Tendenz erkennt er an. Er gibt ferner zu, daß in allen Gewerben, also auch in unrigen, Elemente vorhanden sind, die nur mitgenießen wollen. Diese gewerblichen Massener, gibt er dann weiter zu verstehen, müßten selbstredend sein draußen bleiben. Ja, Herr Stegerwald, damit haben Sie ja Ihrem Adoptivkinde, dem Gutenbergbunde, den Platz außerhalb des Organisationsvertrages als den ihm zukommenden angewiesen! Sie sagen doch selbst, daß auch Angehörige des Buchdruckgewerbes sich von den gemeinschaftlichen Opfern zur Hebung des Gewerbes ausschließen. Zählt der Gutenbergbund nicht auch dazu? Wenn Ihnen die jetzt im „Korr.“ aufgerollte Geschichte wahrer Heldentaten des Gutenbergbundes zur Hebung des Gewerbes noch nicht genügt, dann lesen Sie wohl einmal das Urteil des christlichen Gewerkschaftsorgans „Der Bergknappe“ (siehe auch Nr. 128 des „Korr.“) über die hervorragenden Eigenschaften des Gutenbergbundes nach oder erkundigen sich bei dem früheren Vorsitzenden des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften nach einem Prozesse, in dem jener wegen formaler Verleumdung wohl verurteilt, die Tätigkeit des Gutenbergbundes um die Hebung des Gewerbes aber im Sinne der von Ihnen für die Murrmitgenießer bezeichneten Merkmale gerichtsseitig genügend gewürdigt worden ist. Herr Stegerwald läßt aber auch in der „Buchdruckerfrage“ die Logik sehr vermissen. Denn nachdem er eigentlich dem Gutenbergbunde ein Verdict gesprochen, legt er mit grobem Geschütze gegen den Verband los, dabei ganz übersehend, daß der Deutsche Buchdruckerverein als eine alte, ebenfalls kampferfahrene Unternehmerorganisation doch seine gewichtigen Gründe gehabt haben muß, mit der maßgebenden Gewerkschaft im Gewerbe einen solchen „Monopolvertrag“ einzugehen. Daß unser Verband für Stegerwald mit Kopf und Wagen zur Sozialdemokratie übergegangen ist, muß man dem Herrn dahingehen lassen, denn wie sollte er sonst den Zruberschem für den ehemaligen Prozeßgegner Gutenbergbund rechtfertigen? Der Wahrheitsliebe des christlichen Generalsekretärs stellt aber diese wider besseres Wissen aufgestellte und bei jeder Gelegenheit wiederholte Behauptung kein günstiges Zeugnis aus. Herr Stegerwald sagte dann, die christlich-nationale Arbeiterbewegung müßte eventuell die Hilfe der, Befehdung gegen solche Monopolverträge anrufen, da „alle Organisationen, die gepflicht und befähigt sind, in einer solchen Vertragsgemeinschaft mitzuwirken, zu derselben zugelassen werden müssen.“ Das „eventuell“ ist dahin zu kommentieren, daß eine solche Denunziation fest in der Absicht auf jener Seite liegt. Was dabei herauspringen wird, sagen wir ausführlicher in der ersten Rundschau dieser Nummer. Nach deutschem Gebräuch sind solche „Monopolverträge“ keinesfalls ein gesetzlicher Verstoß, wie ja auch die von den Regierungen für die Versteigerten Zwangsorganisationsorganisationen sowie die Innungszwangsorganisation nicht gegen die guten Sitten verstößt. Nebenbei bemerkt tritt ja auch kein Staatsanwalt in Aktion, wenn die Unternehmer Syndikate, -ringe und -kartelle die Außenstehenden in ihrer wirtschaftlichen Existenz direkt und brutal vernichten. Daß in Nordamerika solche Monopolverträge verschiedentlich verboten sein sollen, war eine weitere Behauptung Stegerwalds, für die er aber den Beweis schuldig blieb. Daß es ihm und den christlich-nationalen Matadore aber gar nicht bitter Ernst ist mit der Bekämpfung des Organisationsvertrages, geht einmal aus seiner schon erwähnten Verteidigung desselben bis zu einem gewissen Grade hervor, dann aber auch aus der offensichtlich Verleumdung darüber, wenn nur der edle Gutenbergbund Aufnahme gefunden hat. Es ist unser Arbeitgeberverbandsorgan, das in sehr drastischer, aber zutreffender Weise dem Gutenbergbunde wie den christlichen Gewerkschaften die ganze Häßlichkeit ihrer Kampfweise gegen den Organisationsvertrag vorhält. Wäre es diesem wirklich so um die Rettung der Koalitionsfreiheit zu tun, so müßten sie doch grundsätzlich gegen den angeblich einen Organisationszwang aussprechenden Tarifvertrag sein. Das falle ihnen aber gar nicht ein; wenn der Gutenbergbund aufgenommen sei, wäre alles gut und schön, dann terrorisiere die christliche Buchdruckerorganisation eben kräftig mit! Daß diese Ausführungen logisch richtig sind, wird man nicht bestreiten können, und es ist ja auch weder in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ noch im „Typograph“ noch sonst in einem christlichen Organe dagegen etwas eingewendet worden, obwohl auch durch den „Korr.“ diese Kopfwäsche der Christlichen durch den Arbeitgeberverband in weitesten Kreisen bekannt wurde. Also, Herr Stegerwald, wir durchschau den „christlichen“ Theatersonner gegen den Organisationsvertrag!

Herr Hoffmann, der sodann die Bretter bestieg, unterstrich in seiner bekannten Tappigkeit nur noch die Kritik des Arbeitgeberverbandes an der gemachten Entrüstung der „Christlichen“: „Entweder wird der Gutenbergbund in den Organisationsvertrag aufgenommen — oder aber das Organisationsmonopol mit dem Verbands der Deutschen Buchdrucker wird rückgängig gemacht.“ Also nicht ein Funken von einem Grundsatze in der Sache!

Würde der Gutenbergbund aufgenommen werden, dann müßten die Draußenbleibenden gefälligst allein den Kampf für das „Recht auf Arbeit“ im Buchdruckgewerbe führen, „man“ ist ja dann schön heraus. Ein echt christlicher Standpunkt! Der Wirtkopf Hoffmann faßte dann noch von etwa 3000 Bündlern und besonders ausgehieb über die Nichtneutralität des Verbandes, wobei abermals eine Neuauflage unseiner Kollegen Reichhäuser auf der sogenannten Geheimkonferenz der Gewerkschaftsvorstände (Februar 1906), daß er auf dem Boden des Sozialismus stehe, eine große Rolle spielte. Wenn die christlichen Gewerkschaftsführer mit dem gleichen Argumente operieren, so ist das nichts als Demagogie, denn sie kennen ganz genau den Unterschied zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie. Bei Hoffmann jedoch ist es Dummheit, bis zum Kretinismus gesteigerte Stupidität, die Monsieur Hoffmann selbst in dem nämlichen Atemzuge hemeistkräftig machte, indem er auch die sozialdemokratischen Parteivorstände an jener Konferenz teilnehmen läßt, wiewohl durch deren resp. richtiger dessen Ausschließung ja erst die Konferenz zu einer geheimen gestempelt wurde, was durch die „Entschuldigungen“ der lokalistischen „Einigkeit“ dann noch den befallenen Bestigen Zusammenprall zwischen Gewerkschafts- und Parteizentrale zur Folge hatte. Das Hoffmannsche Gequatsche von der Nichtneutralität des Verbandes widerlegt übrigens auch der W. Gladbacher Kathedismus, mit dem die in der Hochschule für Arbeiterzerpfitterung Abgerichteten in alle Windrichtungen hinausgeschandt werden. Uns liegt eine Nummer desselben vor, die ausschließlich das interessante Kapitel „Das wahre Gesicht der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften“ behandelt. Obwohl da jedes irgendwie einmal gedruckte oder gesprochene Wortchen zusammengetragen ist, um die freien Gewerkschaften in religiöser wie politischer Beziehung als nichtneutral erscheinen zu lassen, findet sich für den Buchdruckerverband nicht eine „belastende“ Silbe, im Gegenteil sogar einige Dokumente für die einwandfreie Stellungnahme unserer Organisation! Aber das macht für solche Wahrheitsumbringer wie Hoffmann e tutti quati alles nichts. Er appellierte an die Solidarität des sich christlich-nationale Arbeiterbewegung nennenden großen Wassertropfes, und der Chorus raste lebhaften Weisfall.

Nur ein Hecht im Karpfenteiche machte sich bemerkbar, der Sekretär Fischer (Neutlingen) der württembergischen evangelischen Arbeitervereine. Der augenscheinlich die christlichen Geistesgrößen um diverse Kopfschlingen übertragende Mann wagte zu sagen, der Verband der Deutschen Buchdrucker sei doch neutral, und was Reichhäuser über seinen sozialistischen Standpunkt ausgeführt habe, wäre etwas ganz anderes als das Verkenntnis zur Sozialdemokratie; diese beiden Begriffe könnten wegen ihrer Verschiedenheit doch nicht zusammengeworfen werden. Na, der große Bruder Stegerwald beutelte den wahren Schwaben nicht schlecht — und wieder erbraunten die Beifallsstürme der geistig Unmündigen. Damit endete die große Buchdruckerdebatte. Und nun können, nachdem der „zweite deutsche Arbeiterkongress“ sein gewichtiges Wort abgegeben, ja wohl die Würfel fallen über die vom „Typograph“ mit einem geradezu welterschütternden Ernste aufgeworfene Frage: „Will man den Frieden oder den Krieg im Buchdruckgewerbe?“ Ist das ein Maulheldentum!

Bei einer andern Gelegenheit zeigte der Kongress auch sehr drastisch, daß ihm nichts ferner liegt, als die richtigen Konsequenzen aus den schönen Reden zu ziehen. Man besaßte sich auch mit der Wahlrechtsfrage zu den Einzellandtagen, und Herr Stegerwald hatte an dem preußischen Dreiklassenwahlrecht nach Gebühre keinen guten Faden gelassen. Herr Fischer aus Neutlingen brachte darauf eine Resolution ein, die bebauert, daß die Arbeiterinteressen in den meisten Bundesstaaten völlig ungenügend vertreten sind. „Diesem Mißstand kann nur durch die Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Einzellandtage abgeholfen werden. Es werden deshalb die Parlamentarier, denen die Arbeiterinteressen am Herzen liegen, aufgefordert, mit aller Energie auf die schnelle Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in allen Einzellandtagen, besonders in Preußen, zu dringen.“ Das stellte ein Verlangen dar, über dessen Selbstverständlichkeit wir hoffentlich organisierten Buchdruckern keine Vorlesung zu halten brauchen. Aber so deutlich und erhellend wollte man die brutale Ausschließung des Arbeiterstandes in den meisten Bundesstaaten von dem wichtigsten bürgerlichen Rechte ja nicht kennzeichnen. „Wah!“ mir den Pelz, aber mach' ihn nicht nagel, soll auch jetzt noch die Nichtsahnur sein in der die Gemüter immer mehr bewegenden Wahlrechtsfrage. Man setzte über diesen Antrag deshalb eine Kommission ein, die nach lebhaften Auseinandersetzungen schließlich als Ergebnis verstanden konnte, Fischer habe aus Gründen der Disziplin seine Resolution zurückgezogen. Herr Giesberts, geistiger Leiter der christlichen Gewerkschaften und Zentralsabgeordneter, hatte aber seine „Kompetenzbedenken“ nicht schon bei dem Stegerwaldschen Autodafé des preußischen Dreiklassenwahlrechtes erbetet, ihn leitete deshalb auch nicht Erwägungen der politischen Neutralität der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, sondern ihn schreckte einfach die Fiskalische Absicht, nun auch zum Handeln in dieser Frage überzugehen. Warum wohl? Nun ganz einfach, weil das Zentrum, die politische Vertretung der christlichen Gewerkschaften, das Dreiklassenwahlrecht zwar theoretisch verwirft, in der Praxis jedoch keineswegs gewillt ist, das Reichstagswahlrecht auch auf die Einzellandtage zu übertragen. Die Christlich-Nationalen verdrachen damit einen politischen Schwabenstreich, wie er im Buche steht. Die Wamage ist um so

größer, als die Regierung von Oldenburg ihrem Landtage jetzt einen Entwurf unterbreitete, der ein dem Reichstagswahlrecht ziemlich nahekommenes Wahlrecht vorschlägt. Die überhaupt sehr von oben herab behandelten evangelischen Arbeitervereine waren mit dieser zweiten Abmühtung des weisheitlicheren Herrn Fischer also abermals an die Wand gequatscht.

Die christlich-nationale Schaustellung in Berlin hat mit einem rein äußerlichen Erfolge abgeschlossen, der aber nicht einen Deut schwerer wiegt, als wenn in Masse aufgeborene gute Freunde und eine gutbezahlte Clique ein mit plumpen äußeren Effekten arbeitendes Bühnenstück bei seiner Premiere durchzuführen. Ueber die Häßlichkeit der Sache hilft jedoch auch der kräftigste Spektakel nicht hinweg. Denn was nützen die verschiedentlich guten Umläufe, wenn man so jämmerlich in den Schlingen von Logik und Konsequenz hängen bleibt. Dieses Mielenpotpurri von gewerkschaftlichen, religiösen und politischen Strömungen und Gebilden wird niemals reife Früchte ernten, weil es ihm durchaus an Nattraft gebricht, gedreht man die ganzen Zusammenfügung dieser Bewegung nach.

Will man wirklich die Arbeiterinteressen fördern, dann auf das Wohlwollen der herrschenden Klassen verzichtet und in einer allumfassenden Organisation für die Rechte der Arbeiterkraft gerungen und gestritten, aber nicht gegen den weitaus größten Teil der Arbeiterklasse gekämpft und sich auspielen lassen — zum Schaden der Gesamtheit. Hat man denn schon ganz und gar die Worte Giesberts auf dem Frankfurter Kongresse (1903) vergessen:

Wir müssen mehr Klassenbewußtsein haben, damit man mehr Respekt vor uns bekommt. Mit der Sozialdemokratie müßen die fertig werden, die sie großgezogen haben. Wir sind in erster Linie Arbeiter und erblicken in jedem Arbeiter unsern Klassenengenossen.

Ein bürgerliches Blatt schrieb nach dem Kongresse deshalb ganz richtig:

Es hat sich abermals gezeigt, daß die Forderungen der christlich organisierten Arbeiter bereits stark über das hinausgehen, was ihre politischen Freunde ihnen zugeföhren möchten. Ob es da nicht zweckmäßig wäre, unbefehdet der politischen und religiösen Stellung des einzelnen die Bewegung durch Beseitigung der politisch-religiösen Organisationsstrukturen weiter und somit mächtiger zu machen, das müßten die christlichen Arbeiter, da es ihre eigne Sache ist, sich selber überlegen.

Das ist auch unser Standpunkt. Wir haben uns 1902 sofort gegen die Regienische Meinung gewendet, daß die Gegensätze zwischen den christlichen und den freien Gewerkschaften nicht ausgeglichen, sondern ausgekämpft werden müßten. Und wenn die Christlichen einem die Beibehaltung dieses Standpunktes durch ihr Verhalten hindern, so müssen sie sich ändern: so muß im Interesse der Arbeiterfrage doch daran festgehalten werden. Wollen wir vorwärts kommen, dann keine schädliche Zersplitterung, sondern ein Zusammenfassen aller Kräfte nach dem Vorbilde der Unternehmer.

Ein Kongress wie der letzte Berliner ist also nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, die im Rohre sitzen und ihre Pfeifen schneiden, weil die Arbeiter sich den Luxus der unterschiedlichsten gewerkschaftlichen Spielarten leisten, hinter deren jede eine der politischen Parteien ihres Untes als umsichtige Regie walten möchte und je nachdem auch waltet. Bleibt die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch in ihrem jetzigen Standpunkte und in ihrer jetzigen Gliederung bestehen, dann wird sie, wie die „Silbe“ ganz richtig sagt, auch ferner nichts sein als: eine Schutztruppe für die politische, wirtschafts-politische und geistige Reaktion. Km.

Korrespondenzen.

H. Wachen. Gelegentlich unserer vierten diesjährigen Bezirksversammlung in Düren am 20. Oktober hatte der Bezirksvorstand sich veranlaßt gesehen, am Vormittage desselben Tages eine große öffentliche Buchdrucker-versammlung in den „Kaiserjahl“ dortselbst einzuberufen. Vor einiger Zeit hatte ja schon der Lithograph Schwarz als Agitator für den „Bund“ den Versuch gemacht, in Düren im trüben zu fischen, allerdings mit negativem Erfolge. Heute bot sich den aus fast allen Orten unseers Bezirks und teilweise noch außerhalb desselben herbeigeströmten nahezu 400 Kollegen Gelegenheit, den „Bund“, aber auch die „Christlichen“ noch etwas näher kennen und — „schlagen“ zu lernen. Der Verband und seine Widersacher, so lautete das Thema, welches unser Gauvortreter Graham ann in ebenso ruhiger als überzeugender Weise in fast einmütigstem Worttrage behandelte. Die Begeisterung unserer Mitglieder während der Ausführungen des Redners aber wuchs zum Beifallsstürme, als er den „kleinen“ Unterschied zwischen „Bund“ und Verband in hinreißender Weise an der Hand von Tatsachen und Belegen schilderte. Da war jeder Kollege, gleichviel welcher Gesinnung und Konfession, stolz, Verbandsmitglied zu sein. Und als der Worttrage weiter ausführte, daß der Bund gerade zu der Zeit begründet wurde, als unsere Mitglieder nach dem verlorenen Neunstundenkampfe verfolgt und ausgesperrt waren, daß der „Bund“ damals begründet wurde, um knechtisch-zielbewußt Arbeitsbrudermord zu begehen, da machten sich die Pfeiure unserer Mitglieder trotz aller Mahnungen des Vorsitzenden Ragier-Düren in entzürsteter Weise Luft. (Des Raumes wegen dürfen die

weiteren interessanten Darlegungen des Redners wohl
übergegangen werden, weil ja die Artikelserie des „Korr.“
unseren Kollegen sowie auch den „intelligenten“ unserer
Widerfacher zu eingehendem Studium empfohlen werden
kann. D. Schr.) In seinen Schlussausführungen bemerkte
Kollege Graumann noch: Zur Ausbildung eines Ver-
bandsführers sei ein oft jahrelanges Studium nötig, die
Erfolge seien aber auch danach; denn wir könnten
nicht in sechs Wochen nach M. Gladbacher Manier lernen,
unseren Kollegen das Verständnis der Gewerkschaftsidee
beizubringen, wie dies für Verbandsmitglieder er-
forderlich sei. Redner schloß: Unser vierzigjähriges Be-
stehen erlaubt uns, den uns leichtsinnigerweise hingewor-
nenen Fehlbandschuh aufzunehmen, denn auf den Verband
paßt das Zitat von Freiligrath: „Ich war, ich
bin, ich werde sein!“ Brauser Jubel erschall seitens
der mehrhundertfachen Kollegenschär, vermischt mit gelben
den Pfiffen von etwa 30 nach Münchener Muster zu-
sammenstehenden mancherlei Verbandsangehörigen, deren Zahl
inzwischen Herr Felder noch um einen vermehrte. Da
Redefreiheit bei der nun einsetzenden Diskussion in vollstem
Maße gewährleistet wurde, hatte Kollege Ragier manch-
mal Mühe, den drohenden Entrüstungsturm bei den
zunehmend zu Gehör gebrachten Ausführungen des Herrn
Felder seitens unserer Mitglieder in Schranken zu halten.
Und „Schr.“ ergriff das Wort, die Armutlichkeit des „Bun-
des“, das Stiefkind unter den Buchdruckern — wie er
sagte — in wahrhaft zügelnder Weise schildern. „Was
mollen wir machen, wenn das Tarifamt die Kreuze des
Bundes nicht anerkennen will? Warum nicht ein ein-
heitliches Zusammengehen?“ Herr Felder führte des
weiteren noch aus: Er wolle ja gern alles anerkennen,
was der Verband geleistet habe... aber man will
uns ja nicht! Auch der Fall Neuhöfer wurde seitens
Felders nochmals ausgegraben und behauptet, die Sache
verhalte sich anders, als wie der Aachener Schriftführer
im „Korr.“ dieselbe geschildert habe. Der Herr fing an,
sich in Höhe zu reben, ohne jedoch die den „Bund“ be-
sonders gravierenden Tarifbewegungen auch nur zu streifen.
Er schloß, unsern Kollegen Graumann variierend, mit den
Worten: „Wir waren, wir sind und werden bleiben
... (Es ist wohl un schwer zu erraten, welches
Wort da verschluckt werden mußte, weil die Brüder eben
nicht „unter sich“ waren. D. Schr.) Bei der nun ein-
setzenden Debatte nahm der Bezirksvorsitzende A. Wilm's
Gelegenheit, nochmals der leichtfertigen Behauptung der
„Westdeutschen“ entgegenzutreten, der von uns ausge-
schlossene Herr Neuhöfer habe auch noch durch uns seine
Stelle verloren! Redner brachte zum Beweise ein vom
Verleger des „Aachener Volksfreund“ eigenhändig
unterzeichnetes Schreiben zur Verlesung, welches die fast
jedem hiesigen Kollegen bekannte Tatsache bescheinigt, daß
Herr Neuhöfer auch nach seinem Ausschluß bis heute noch
in der Druckerei des „Aachener Volksfreund“ tätig
ist. (Schr.) Hinsichtlich habe sich die weitere Behauptung
ermittelt, daß die Gesetze des „Aachener Volksfreund“ sich
geweiht hätten, einen gewissen Artikel zu setzen. Redner
verwies hierbei auf Nr. 123 des „Korr.“ und den Artikel
„Der neue Propheet“, wo der Fall richtig gestellt sei.
Warum denn diese schamlosen Lügen, welchen man schließ-
lich nur stets mit authentischen schriftlichen Gegenbeweisen
begegnen könne? Aber er verfiere sich, daß der Verlesene
auch im Aachener Bezirke keine Vorbeeren ernten werde,
deshalb überzeugt sei er aber von der streifbrecherischen
Tendenz des Gutenbergsbundes. Herr Felder machte
hierauf unter Zuhilfenahme der letzten Mittel seines
Organs den Versuch, den Verband, dessen Bedeutung er
vorher anerkennen wollte, nach seiner Weise herunterzu-
reißen, vermied es jedoch, die „Bewägung“ vom Jahre
1901 auch nur mit einer Silbe zu streifen. Auch einige
„Assistenten“ fanden ihm im Laufe der Debatte zur Seite,
konnten aber die Kollegen leider nicht davon überzeugen,
daß der Verband „rot“ und der Bund „schwarz“ sei. Die
folgenden Redner machten dem Gefasel denn auch gründ-
lich den Garaus, oft unterbrochen von Schreien und
Pfeifen der „Mittelgewerkschaftler“. In seinem Schlus-
sworte erteilte Kollege Graumann dem „Brauen“, ent-
gegen allen seinen Behauptungen (vergl. Nr. 123) an
der Hand von beglaubigten Schriftstücken (auf deren
Vorhandensein von jener Seite wohl nicht geachtet wor-
den war), eine derartige Abfuhr, daß hierdurch auch bei
unsern anwesenden Gegnern von „christlichen“ Seite die
bisher von denselben angezweifelte Bedeutung unsers
Verbandes wohl etwas höher eingeschätzt werden dürfte.
Folgende Resolution wurde hierauf gegen die Stimmen
derer, die „um Felder“ versammelt waren, angenommen:
„Die heute im Kaiseraal in Düren tagende Deffentliche
Buchdruckerversammlung erklärt sich mit dem instruktiven
Referate des Gausvorsitzers Graumann-Essen voll und
ganz einverstanden. Ferner erklärt die Versammlung,
daß es auf Grund der segensreichen, konsequenten und
unparteiischen Stellungnahme des Verbandes der Deut-
schen Buchdrucker sich gänzlich erübrigt, den sogenannten
christlichen „Gutenbergsbund“, der bisher noch in keiner
Weise einen Beweis seiner Tariftreue erbracht, als Tarif-
kontrahenten anzuerkennen oder in den Organisations-
vertrag aufzunehmen.“ Im Schlussworte war es dem
Versammlungsleiter Ragier, Vorsitzenden des Ortsvereins
Düren, denn auch nicht zu verderten, daß er das stegel-
hafte Benehmen derjenigen kennzeichnete, welche sich „christ-
lich“ nennen und volle Redefreiheit genießen, dieselbe aber
nicht zu schätzen wußten. Ein Hoch auf den Verband, so
begeißert und brausend wie dieses zum Schlusse der Ver-
sammlung von etwa 400 Kollegen in Düren ausgebracht,
konnte in keiner Weise durch das edel „christliche“ Gesen-
bubenpfeifen der um den Bündler Felder versammelten
„Stützen“ des „Bundes“ berührt werden. Nach 3 Uhr

nachmittags erfolgte der Schluß. — Nach kurzer Unter-
brechung wurde im Saale von „Kleitwolk“ die vierte
diesjährige Bezirksversammlung abgehalten. Ein-
gangs derselben trug der Kollegengefangene Typo-
graphia-Düren zwei äußerst heftig aufgenommene Chöre
vor. Unter „Mitteilungen“ hob der Vorsitzende A. Wilm's
noch besonders hervor, daß der Aachener Bezirk, und zwar
in Höhe, gleich anderen Bezirken unsers Gaus auch zur
Errichtung eines Schiedsgerichtes und Arbeitsnach-
weises schreiten werde. Mit den nötigen Vorarbeiten
werde im Einvernehmen mit unser Prinzipalität dem-
nächst begonnen. Auch soll zu den schon bestehenden
Spartenabteilungen der Maschinenmeister und Maschinen-
seher noch die Begründung solcher der Korrektoren und
Stereotypen erfolgen. Der hierauf folgende, mit Auf-
merksamkeit verfolgte Vortrag des Kollegen Graumann:
„Tarifliche Fingerzeige“, wäre auch für solche, welche gern
in die Tarifgemeinschaft aufgenommen wären, wenn sie
desen würdig seien, äußerst belehrend gewesen. Desto
größeren Beifall wurde den ausgezeichneten Ausführungen
des Referenten seitens unserer Kollegen zuteil. Als Ort
der nächsten Bezirksversammlung wurde Aachen gewährt.
Nachdem unter „Verchiedenes“ noch Kollege Wilm's die
ideale Tätigkeit des Kollegen Graumann gewissen anderen
„Tätigkeiten“ gegenüber, deren Wirkung aber an uns ab-
geprallt sei, wie der Verlauf des heutigen Tages beweise,
in das richtige Licht gerückt, wurde die Bezirksversamm-
lung mit einem Hoch auf den Verband und den Kollegen
Graumann geschlossen.

z. Bezirk Bochum. Bereits in Nr. 118 des „Korr.“
haben wir die Behauptung des „Typograph“, wonach im
Bezirk Bochum 30 Verbandsmitglieder bei Firmen
arbeiten sollen, die den Tarif nicht anerkennen haben,
auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Jedoch kann der
Wurm noch nicht sterben. In Nr. 42 des nunmehr
„allerchristlichsten“ Papiers, das in der Prinzengasse in
Berlin allwöchentlich mit Druckerwärze besudelt wird,
heißt es mit Bezug auf unsern Bezirk:
„So will z. B. Bochum nur ein tarifuntreues Mit-
glied haben. Wirklich eins? Nun, wie schreibt denn
Bochum: Kennzeichnend für die Situation (betr. Diffe-
renzen) ist wohl die Tatsache, daß der größte Teil
der Klagen, mit denen sich das Schiedsgericht Dort-
mund zu befassen hatte, von Bochum ausging.“ (H)
Wer laßt da? Ein Mitglied steht bei der Firma
Blumental, die den Tarif nicht anerkennt. Und bei
Stumpf, wo von 28 Gehilfen 17 Verbändler sind, bei
Wiarus Polski 4, in Hattingen 14 Mitglieder bei der
Firma Hundt, in Herne bei Schuhmacher 5 Mitglieder,
Halbach 1 Mitglied, alles Firmen, die nach der
eigenen Statistik den tariflichen Lohn bezah-
len sollen, aber den Tarif bis dato nicht anerken-
nen hatten. Genügt das den Herren in Bochum?
Das sind in Summa 42 Verbandsmitglieder, die bei
Firmen arbeiten, welche den Tarif bis dato nicht an-
erkennen haben.“ Da hat man sich also das erste Mal im
12. verechnet. Doch, verzeiht Eingangsredner im
„Typ.“: Hättet du geschwiegen, wärest du ein Philosoph
geblieben! Den oben zitierten Satz von „Kennzeichnend“
bis „ausging“ hatten auch wir schon einmal gelesen, nur
schien uns die Sache schon etwas lange her; und bei
näherem Nachsehen finden wir ihn denn im Gaurechen-
schaftsberichte von — 1905. Aber soll die Tatsache, daß
die Gehilfen ihre tariflichen Rechte eintragen, etwa ein
Beweis für deren Tariftreue sein? Schnurrige Logik
das. Doch nun zur Hauptfrage: In demselben Rechen-
schaftsberichte ist eine am **12. Februar 1906** ausge-
nommene Statistik über die im Gau Rheinland-Westfalen
herrschenden tariflichen Verhältnisse enthalten, und diese
Statistik dient den „Typograph“-Leuten als Unterlage.
Man verschweigt seinen Lesern die Tatsache, daß am
27. Februar 1907 eine neue Statistik aufgenommen
worden ist, die man im Gaurechenschaftsberichte von 1906
finden kann, und danach ist sage und schreibe ein Ver-
bandsmitglied bei der den Tarif nicht anerkennenden
Firma Halbach in Herne beschäftigt. Wie lange noch,
das mag man getrost uns überlassen. Offenlich wartet
man auf Bündlerseite nicht schon auf den Augenblick,
seine „Tariftreue“ nach alter traditioneller Manier auch
hier zu beweisen. Es bleibt nur noch die Frage, wem
diese Schwindler mit solchen längst hinfällig gewordenen
Zahlen imponieren wollen. Hoff man, auf diese Weise
den Prinzipalen im Tarifamt „beweisen“ zu können,
daß auch die Verbandsmitglieder zu einem erheblichen
Teile nicht tariftreu wären? Da stehen wir den armen
Krüppeln gern mit noch älteren Statistiken zur Verfügung.

Großhild-Begegnung. Die am 26. Oktober im Vereins-
lokale Troite in Croisich abgehaltene Monatsver-
sammlung hatte sich eines fast vollständigen Besuches
zu erfreuen, galt es doch ein Referat unsers Kollegen
Hermann Kraffer-Zwidau entgegenzunehmen. Auf
besondere Einladung des Vorstandes waren auch mehrere
Kollegen aus Luda erschienen, was um so erfreulicher
war, da einige noch bis vor kurzer Zeit Gutenbergs-
bündler waren. Nach herzlicher Begrüßung seitens des
Vorstandes und nach Erledigung einiger Tagesordnungs-
punkte erhielt Kollege Kraffer das Wort zu seinem Vor-
trage: „Die historische Entwicklung des Verbandes der
Deutschen Buchdrucker und die Tarifgemeinschaft“. In
nahezu zweistündiger, fesselnder Rede wußte der Referent
den Werdegang der Buchdruckerzünfte usw. bis zur Ent-
wicklung und Gründung des Verbandes und dann weiter
die Geschichte des Verbandes und der Tarifgemeinschaft
bis zur heutigen Zeit zu schildern. Es würde doch wohl
zu weit führen, wollte man näher auf den Vortrag ein-
gehen. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden für
seine vortrefflichen und sachlichen Ausführungen. Die Zu-

friedenheit über das Gehörte zeigte sich denn auch in
der Diskussion und möge hier nur der Wunsch geäußert
werden, daß das Gehörte auch reichlich Früchte tragen
möge, namentlich bei den jüngeren Kollegen, damit auch
fernerhin die Geschichte des Verbandes mit an erster
Stelle in den Annalen der Gewerkschaftsbewegung be-
stehen bleibt. Von seiten der Ludaer Kollegen dankte
Kollege Lange für die Einladung und den herzlichen Em-
pfang dem Ortsvereine und versprach, für die Zukunft
selbst- und kostenlos für die Interessen des Verbandes zu
wirken, was nur für die Ludaer Verhältnisse zu begründen
wäre. Zum Schlusse gab Kollege Hilbig noch bekannt,
daß er wegzugshalber seinen Vorstandsposten niederlegen
müsse, was für die Kollegen ganz unerwartet kam. Er
dankte für das ihm bewiesene Vertrauen während seiner
Amtsdauer. Nach einigen ihm gewidmeten warmen Wör-
tern schieds Worten wurde die Versammlung mit einem Hoch
auf den Verband geschlossen. Möge hier noch der Wunsch
angeführt werden, daß derartige Vorträge öfters sich
wiederholen mögen zur geistigen und kollegialen Un-
terstützung der Mitglieder; der Nutzen wird sicher nicht aus-
bleiben.

—ch. Halle a. S. In der Ortsversammlung vom
19. Oktober hielt Herr Zahnarzt Warbe einen sehr lehr-
reichen und interessanten Vortrag über: „Erkrankung und
Erhaltung der Zähne.“ Nach Erläuterung der Anatomie
und der Beschaffenheit der Zähne in gesundem Zustande
ging der Herr Vortragende auf die einzelnen Krankheiten
ein, besonders auf das Hohlwerden der Zähne, unter
Schilberung ihrer Ursachen und Wirkungen und unter
Demonstration am Schädel und Vorseigung von Zeich-
nungen. Er schilderte des weitern die Mittel und die
Arbeit des Zahnarztes, um erkrankte Zähne zu retten
und zu erhalten. Ebenso erläuterte er in längerer Aus-
führungen die Krankheitserscheinungen der sogenannten
„dicken Wacke“ und der Zahnfleischentzündung, welche er als
harmlose Erkrankungen bezeichnete im Gegensatz zur Zahn-
fistel, die oft lebensgefährlich werde. Weiter kamen
zur Besprechung die beim Zahnziehen usw. angewandten
Betäubungsmittel, welche gebraucht werden, um diese
Operationen so schmerzlos wie möglich zu machen. So-
dann behandelte der Herr Vortragende die Krankheiten,
welche auf die Bildung und Entwicklung der Zähne von
nachteiligem Einflusse sind, schilderte weiter den erschwerten
Durchbruch, das Schiefwachsen der Zähne und die Mittel
zur Beseitigung derselben durch die Richtmaschine. Er
erwähnte ebenso die Fälle von Kieferbruch und -verren-
kung, die der Zahnarzt besser behandeln könne als der
Chirurg. Zum Schlusse behandelte er noch die Folge-
erscheinungen der Zahnerkrankungen, besonders die Magen-
erkrankungen infolge mangelhafter Zerkleinerung der
Speisen. Er gab Ratsschläge, wie man das Erkrankte
der Zähne vermeiden und die erkrankten Zähne soweit
wie möglich erhalten kann. Er warnte vor Vernach-
lässigung des Mundes, deren Folgen er in seinem Vor-
trage deutlich gezeigt habe. Der Vorsitzende sprach Herrn
Warbe den Dank der Versammlung aus für seine vor-
züglichen Ausführungen. Ueber die Tarifbewegung
in Merseburg erstattete der Vorsitzende einen kurzen
Bericht. Dieselbe wird jedenfalls, wie schon verschiedene
frühere, im Ganzen verlaufen durch den Indifferentismus
der nichtorganisierten Kollegen, die sich wohl gern etwas
erinnern lassen, aber nicht dafür eintreten wollen. Ein
näherer Bericht wird noch erstattet werden. Nach ver-
schiedenen Mitteilungen des Vorstandes und kurzen
Debatten unter „Verchiedenes“ wurde die gut besuchte
Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Mit welchen Mitteln gegen uns gekämpft
wird, dafür liefert jeder Tag neue und schlimmere Be-
weise. Wenn man in dieser Kampfesmethode noch Unter-
scheidungen vornehmen wollte, so muß tatsächlich aner-
kannt werden, daß die Schatzkammer unsers Gewerbes sich
darin von dem christlichen Mißmachsel vorteilhaft ab-
heben. Von jener Seite wird doch mit einer Gradheit, die
Zweifel ausschließt, gesagt, warum es sich bei der jetzigen
Hege gegen den Verband handelt, während die Christ-
lichen alle Schutzbeden der Verlogenheit benutzen, um
ihre wahren Motive zu verschleiern. Wir können nur
dann und wann diesen Schlammstuten Beachtung schenken.
Daß die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, obwohl sie ihrer
Bestimmung nach nur Organ der westdeutschen katholischen
Arbeitervereine ist, bislang die eigentliche Führung unter
den christlichen Gewerkschaftsblättern in dem Kampfe
gegen uns hatte und mit einer Unbildhaftigkeit, die gar
nichts Christliches an sich trug, jede unsere Organisation
verleibende Meinungsäußerung von katholischen Buch-
druckern niederknüppelte, ist ja wohl noch in frischer Er-
innerung. Seit einiger Zeit läßt die „Westdeutsche“,
deren leitender Redakteur Giesberts ist, die Dinge aber
laufen und verschleiert nur dann und wann eine Ein-
bombe gegen uns. Dafür nimmt Herr Giesberts nun
das Wort in dem „Zentralblatt der christlichen Ge-
werkschaften“, dessen Redakteur er ebenfalls ist. Und
was Giesberts, der christliche Gewerkschaftsführer und
Zentrumsabgeordneter, da in einem großen Artikel sagt,
zeigt den Mann auf der ganzen Höhe M. Gladbacher
Beweisführung. Herr Giesberts wohnt also nicht un-
sonst in M. Gladbach. Daß er den Gutenbergsbund als
konkurrenzorganisation zu unserm Verbande bezeich-
net, kennzeichnet die ganze Aufgeblasenheit der christlichen
Heerzuger. Seit dem Anschlusse des Gutenbergsbundes an
die christlichen Gewerkschaften ist natürlich kein Engel so
rein als der Bund. Seine Tariftreue steht über allem

Zweifel erhaben da, kein Verstoß sei ihm seither nachgewiesen worden, denn was der „Korr.“ behauptete, wären nichts weiter als tendenziöse Beschuldigungen. Letzter kann man sich die Beweisführung für die tariffische Unzufriedenheit des Bundes wirklich nicht machen. Daß dieser Argumentierung Giesberts in erster Linie das Protokoll der bündlerischen Generalversammlung selbst entgegensteht, macht für die großen Geister in M. Gladbach natürlich nicht das geringste aus. Der Artikelshreiber erschreit sich dann noch, uns vorzumwerfen, wir suchten den Bund mit den erdenklichsten und teilweise schädlichsten Mitteln niederzubüttelein, sagt, im „Korr.“ feiere der Revolverjournalismus wahre Orgien, der „Korr.“ schreibe heute rechts, morgen links und wenn es seinen Zwecken dient, schließlich auch beides in einer Nummer und nennt „die gegenwärtige Haltung des „Korr.“ geradezu frevelhaft“. Dies die Hauptblutleiste eines vornehmen christlichen Umgangsstones. Und warum? Weil wir über den von der christlichen Gewerkschaftsleitung einst richtig eingeschätzten und als eine den Tarif durchkreuzende und schädigende Organisation bezeichneten Gutenbergbund unsere Meinung nicht geändert haben und auch nicht ändern konnten, während man drüben sich jetzt mit jedem Worte für den Bund selbst ohfeygt. Wenn man glaubt, wir müßten unsere Ansicht einfach umkempeln, da der Bund nun — aus von uns bereits beim richtigen Namen genannten Gründen — Gnade bei den christlichen Gewerkschaften gefunden hat, dann irt man allerdings gewaltig. So lange der Verband und sein Organ besteht, haben wir uns von Dritten in unsere Angelegenheit nicht dreinreden lassen und die Tariforganisation hat sich gleichfalls auf diesen selbstverständlichen und selbstbewußtesten Standpunkt gestellt. Wir sind schon mit anderen Leuten fertig geworden als mit den christlichen Gewerkschaften und dem Gutenbergbunde, dem das Arbeitgeberverbandorgan jetzt höhrend vorwirft, es fehle ihm alles Selbstbewußtsein und er verdiene kein besseres Schicksal, als in der kläglichen Rolle eines Mitläufers an die Wand gedrückt zu werden. Die „scharfsinnigen“ Beweise unserer Unschönheit in das sozialdemokratische Lager machen uns nur Lachen, da jene Leute, die zum Teile Zentrumsabgeordnete oder dochführende Rollen in dieser Partei besaßen, uns absolut nicht als Vorbilder gewerkschaftlicher Neutralität imponieren können. Im „Korr.“ ist bereits vor zwei Jahren in mehreren Artikeln den christlichen Gewerkschaften ein Spiegel vorgehalten worden, wie wenig sie Anspruch auf neutrale Organisationen erheben können. Man kündigte zwar bombastisch eine eingehende Erwiderung an, aber damit hat es auch trotz Umzapfung von unserer Seite sein Weenden gehabt. Wir wollen jedoch dem „Zentralblatt“ ins Gedächtnis zurufen, daß Lizenziat Weber, einer der Hauptführer der auf dem christlich-nationalen Kongresse mit vertretenen Vereinigungen, erst noch Mitte Oktober auf einer Versammlung in Göttingen unsern Verband, „die einzig wirklich neutrale Gewerkschaft“ nannte. Aber dergleichen „kleine“ Unstimmigkeiten bei den Christlich-Nationalen machen ja in M. Gladbach den Kohl nicht fett. Der Artikel im „Zentralblatt“ schließt mit der Ankündigung, man werde, wenn der Buchdruckerverband nicht zur Raison komme, den Reichstag anrufen, der zufällig versammelt sei, wenn das Tarifamt über die Zulassung des Gutenbergbundes Beschluß zu fassen habe. Also der Reichstag soll einen Druck ausüben, damit der Bund in den Organisationsvertrag kommt und dieser dann kräftig mitterrorisieren kann — das ist nämlich, wie schon an anderer Stelle in dieser Nummer gesagt, die einzige Absicht der christlichen Freiheitskämpfer für das ungeschmälerte Koalitionsrecht. Wir wollen jedoch für den Fall der Anrufung des Reichstages den Interpellanten einiges Material mit auf den Weg geben. Der Metallarbeiterverband hat vor reichlich drei Jahren einen von den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen anhängig gemachten Prozeß in gleicher Sache ausgesprochen. Ersterer hatte mit den Unternehmern im Feingold- und Silberschlägergewerbe zu Nürnberg einen unsern Organisationsverträge sehr ähnlichen Pakt abgeschlossen. Ursprünglich sollten nur Nichtorganisierte von dessen Vorteilen ausgeschlossen sein. Dann trat, nach Beendigung eines Konfliktes, ein Hirsch-Dunderscher Führer energisch für den Ausschluß der christlichen Metallarbeiterorganisation ein, weil diese so untätig in der Förderung der Tarifgemeinschaft gewesen war, daß sie nach seiner Ansicht nicht als gleichberechtigt in dem Tarifverträge anerkannt werden könne. Nach einem längeren Zeitraum trat jedoch der Metallarbeiterverband für eine Veränderung des Vertrages ein, dergestalt, daß auch die Hirsch-Dunderschen ausgeschlossen werden sollten, weil sie nachweislich die tariffische Disziplin in ganz bedeutlicher Weise untergraben. Der Tarifvertrag wurde auch dementsprechend geändert. Als einige Zeit darauf trotzdem ein Gewerksvereiner von einem organisierten Unternehmer eingestellt wurde, pochten die gegenseitigen Tarifkontrahenten (Metallarbeiterverband) auf ihren Schein und die Folge war die ordnungsmäßige Entlassung des Hirsch-Dunderschen Arbeiters. Von letzterer Seite wurde nun Klage angebracht und Schadenerlag verlangt. Auch sollte ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung (Terrorismusparagraf) vorliegen, worauf nur Gefängnis steht. Das Landgericht Nürnberg wies jedoch diese Klage in allen Punkten ab, da es sich im vorliegenden Falle um die Erfüllung einer vertragsmäßigen Pflicht handle und der Vertrag nicht gegen die guten Sitten verstoße! Und das bayerische Oberlandesgericht hat dieses Urteil nicht korrigiert, hat also auch keinen Terrorismus in einem solchen Vertrage gefunden. Ob man sich dieses Prozesses bei den Christlichen wie

bei den Hirsch-Dunderschen wirklich nicht mehr entsinnt? O doch! Aber man tut so, als ob jetzt durch unsern Organisationsvertrag auf einmal die Welt in Brand gesteckt sei. Lasse sich also niemand durch diese Art von Bekämpfung täuschen, denn sie ist nichts anderes als ausgemachte Demagogie.

Un die Adresse des Gutenbergbundes sind die nachstehend zitierten Keulenschläge des Arbeitgeberverbandorgans gerichtet: „Wir der Gutenbergbund nun aber in den Vertrag aufgenommen, so begehrt er dasselbe Unrecht, das er gegen sich nicht verübt haben wollte, gegen all die Gehilfen, die nicht in den Vertrag aufgenommen werden. Ebenso handelt er durchaus unchristlich gegen diejenigen Arbeitgeber, die ihm nach Bekanntwerden des Koalitionsvertrages treulich zur Seite standen und denen er überhaupt verdankt, wenn er in den Vertrag aufgenommen wird. Zum Danke für die Hilfe, die ihm geleistet, zum Danke für ihre nationale Gesinnung, zum Danke dafür, daß sie mit Entschiedenheit für die Wahrung des freien Koalitionsrechtes eintraten, verpflichtet er sich nun, bei ihnen nicht mehr in Arbeit zu treten.“ Der Gutenbergbund bekommt dann noch ein ganzes Bündel von Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen, die für uns aber nichts besagen würden, wenn nicht so zutreffend die ganze Charakterlosigkeit des Bundes damit demonstriert würde.

Um die Ohren geschlagen bekommt Herr Stegerwald vom Arbeitgeberverbandorgane seinen in der „Buchdruckerfrage“ auf dem zweiten deutschen Arbeiterkongresse eingenommenen Standpunkt. In dem Artikel „Die christlich-nationalen Arbeiter“ ist in heutiger Nummer die Verschlagenheit dieser Stellungnahme bereits ausführlich gezeigelt worden. Herr Stegerwald, sagt der Spiritus rector unserer Scharfmacher, müßte unbedingt den Organisationsvertrag verwerfen. Er tue es aber nicht, sondern sei gleich den christlich-nationalen Arbeitern mit ihm einverstanden, wenn der Gutenbergbund in den Vertrag aufgenommen werde. Eine solche Anschauungsweise sei ein großes Unrecht: „Wir erbliden darin auch, wie früher schon einmal ausgeführt, einen schreienden Widerspruch mit dem moralischen Grundprinzip des Christentums.“ Armer Stegerwald!

Die Kronzeugenschaft des Herrn Wilhelm Hoffsch gegen den Organisationsvertrag mußte auf dem großen Berliner Kongresse die „Soziale Praxis“ abgeben. „Voll und ganz“ war Wilhelm der M. Gladbacher mit dem sonst von uns wertgeschätzten sozialpolitischen Zentralorgane einverstanden. Das Arbeitgeberverbandorgan, das doch gewiß die unterschiedlichen Grade der Gegnerchaft gegen den Organisationsvertrag zu tagieren versteht, urteilt jedoch darüber: „Die „Soziale Praxis“ spielt hinsichtlich des Organisationsvertrages eine eigentümliche, wir nicht zu sagen komische Rolle. Von Anfang an war ihr Verhalten ihm gegenüber voll von Widersprüchen.“

Mit Lob überschüttet wird allein der Hirsch-Dundersche Führer Karl Goldschmidt von unseren Scharfmachern. Wenn auch zuzugeben ist, daß Goldschmidts Stellungnahme etwas konsequenter dem Organisationsverträge gegenüber ist als die der nach einem gewissen Grundsatze handelnden Christlichen, so ist uneingeschränkt und wiederholtes Lob von einer solchen Seite doch nichts weniger als erbebend.

„Ueber die Sachlage im Buchdruckgewerbe“, heißt es im Organe des Arbeitgeberverbandes, werden die Reichs- und preussischen Staatsbehörden fortlaufend unterrichtet, der Scharfmachervorstand habe sogar schon persönlich Vortrag darüber gehalten. Merken denn nun manche Kollegen den Braten?

Wie man über Terrorismusgeschichten sich herumbrüden kann, macht uns der wirkliche Großsprecher für Wahrheit und Recht im „Typograph“, der unter seiner Leitung die Stufen gewerkschaftlicher Grundlosigkeit noch weiter herunterstößt, plausibel. Ueber den Fall von Hündlerischem Terrorismus; aus Neustadt i. Ober-Schlesien läßt er nun den Betroffenen selbst zum Worte kommen. Dieser, W. Duda mit Namen, versteht hoch und heilig, er sei aus eigenem Antriebe dem Bunde beigetreten, seine christliche Gesinnung habe ihn dazu getrieben. Es sei nicht wahr, daß er von einem älteren Bundesmitglied fortwährend angegangen worden wäre, dem Bunde beigetreten. Das letztere ist ja auch nicht behauptet worden; es hieß nur, einer der beschäftigten Hündler hätte hervorragende Selbsterdienste dabei geleistet. Ob dieses ehemalige Verbandsmitglied W. Duda wirklich nur aus Ueberzeugung Hündler geworden ist, kann natürlich der „Typograph“ ebenfalls behaupten als wir. Aber er kann uns vielleicht Auskunft erteilen, wie es denn kommt, daß in der Zentrumszeitung, „Neufährter Zeitung“, deren Inhaber partout seine Verbandsmitglieder duldet, sich also gegen die Koalitionsfreiheit verkehrt, ab und zu doch einmal hineinrührende Verbandsmitglieder entweder schnell wieder die gestiftete Stätte verlassen müssen — oder im Gutenbergbunde landen, der in dieser Druckerei eine Domäne hat! Macht sich das wirklich alles so von ohngefähr? Ueber den Fall in Grottkau hüllt sich der „Typograph“ aber noch immer in Schweigen.

Ein neuer Terrorismusfall prangt an der Spitze der neuesten Nummer des „Typograph“. Er soll sich in Essen in der Druckerei von Fredebeul & Koenen zugegetragen haben und einen hündlerischen Maschinenfeger betreffen. Da der Essener Ortsverein des Gutenbergbundes um weiteste Verbreitung ersucht, so wird man in den nächsten Tagen in der Presse, die auf eine arbeits-

wilige Reservearmee im Gewerbe Wert legt, wohl wieder Kartennachrichten zu lesen bekommen. Leider ging uns erst nach Schluß der Redaktion umfangreiches Material über diesen Fall zu, so daß für diese Nummer eine ausführliche Schilderung unmöglich ist. Wir teilen heute deshalb nur mit, daß der betreffende Maschinenfeger ein Streikbrecher von Reismann-Grone ist, dessen Einstellung unter den Kollegen jener Offizin große Erbitterung hervorgerufen, dessen Entlassung aber nicht gefordert sei. Die Maschinenfeger haben lediglich erklärt, sie wollten lieber ihr Arbeitsverhältnis kündigen, als mit einem solchen Manne zusammen arbeiten. Dem Hündler wurde darauf nur gekündigt, er zog aber vor, sofort zu gehen. Dem Vertrauensmanne wurde sogar von den Firmeninhabern befohlen, daß er sich korrekt benommen habe. Die Sache kommt übrigens vor das Schiedsgericht.

Was der „Typograph“ zu sagen weiß über die ihm von Herrn Verwaltungsdirektor Artur Wörlein zugewandene Nichtigstellung über die verlogene Verächterung von der Leipziger Hündlerfirma ist folgendes: „Daß dem Herrn Dr. Wörlein von uns irtümlicherweise der Dokortitel verliehen wurde, liegt an einem Versehen des Setzers, welcher statt „Dr.“ „Dr.“ las.“ Wir gehen davon, daß das auch Schwindel ist, denn der „Dr.“ steht verschiedene Male wieder, so sind diese drei Zeilen doch ein klaffender Beweis, wie sich der „Typograph“ über derlei moralische Ohrfeigen hinweghilft. Denn eine solche ist die Nichtigstellung des Herrn Wörlein in vollstem Maße.

Villes Position soll durch seine letzten Angriffe auf den Bürgermeister von St. Johann ins Wanken gekommen sein. Die Herrenmengen in der Saarbrücker Handelskammer scheinen nachgerade an dem Allernelkskrakel ihres schreibseligen Sekretärs den Geschmack zu verlieren.

Sechs Monate Gefängnis erhielt der ehemalige Bezirksstaftierer Nikolai in Braunschweig wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern und dadurch betätigter Untreue.

Ein prächtiger Wis ist es, der nach der „Zeitschrift“ ein in Königsstein sich tatsächlich abgeplantes Vorkommnis sein soll. In einer Druckerei wurde eine Krangschleife mit dem Aufdrucke: „Ruhe sanft! Auf Wiedersehen!“ bestellt. Kurz darauf traf folgender telegraphischer Bescheid des Auftraggebers ein: „Nach auf Wiedersehen beizufügen im Himmel, wenn noch Platz ist.“ Als der Besteller bald darauf die Schleife fertig gestellt erhielt, war er nicht wenig erstaunt ob des gelungenen Streiches, den sich der finstige Drucker geleistet hatte. Es prangten ihm nämlich in diesen Lettern die Worte entgegen: „Ruhe sanft! Auf Wiedersehen im Himmel, wenn noch Platz ist!“

Wie den Buchdruckern heutzutage das Leben schwer gemacht wird, ist auch aus der „Buchdruckerwoche“ an einer Notiz aus Holland ersichtlich. In einem Eingekandte beschwerten sich die Zigarrenhändler im Haag über den schwungvollen Zigarrenhandel, der in der Landesdruckerei unter den Gehilfen betrieben wird und im letzten Jahre einen Umsatz von 4000 Gulden (6800 Mk.) erreicht haben soll. Von diesem Betrage seien, da Geschäftsspeisen jeder Art wegfielen, weil der Verkauf in der Arbeitszeit der Gehilfen erfolgte, 23 Proz. als Dividende verteilt worden. Wenn auch anerkannt werden müsse, daß ein Teil der Gehilfen diesem Konsumvereine ablehnend gegenüber stehe, so verdiene doch die Zeitung der durch die Steuerzahler erhaltenen Druckerei schweren Tadel, daß sie eine solche Schädigung der Steuerzahlenden Händler überhaupt zulasse. Wenn nicht alsbald Abhilfe geschehe, werde man sich an die Volksvertretung wenden. Wir Buchdrucker kommen also unter den verschiedensten Gründen zur „Ehre“ eines parlamentarischen Höfgerichtes.

Eine gewisse Mahlvorwandtschaft zwischen christlich und gelb ist auch aus einer Notiz der bayerischen „Brauer- und Hopfenzeitung“ herauszulesen. In derselben wird der Brauerstreik in Augsburg und der Boykott als ausichtslos prophezeit, denn Augsburg sei für das Gelingen eines solchen Kampfes nicht der richtige Ort, weil sich die Herren Unternehmer schon seit einer Reihe von Jahren die christlichen und die gelben Gewerkschaften gesichert haben.“

Briefkasten.

W. R. in Kleve: Wenn die botigen Gutenberghändler behaupten, daß in der Druckerei des Kommerzienrates Bürgstein „geradezu haarfräubende untarifliche Verhältnisse“ bestehen, so haben diese ebramen Hündler frech geschwindelt. Uebrigens wird in der genannten Druckerei eine große Anzahl Gutenberghändler beschäftigt, so daß also die Hündler in Kleve in ihrer Frechheit und Dummheit ihre eignen Kollegen recht hübsch charakterisiert hätten. — O. W. in Hamburg: Einverstanden. Niezt wird genauestens befolgt werden. Freundlichen Gruß Rr. — U. B. in B.: Wichtig ist das nicht. Bei Inseraten in Tageszeitungen wird auf eine solche Reinheit meistens aber kein großer Wert gelegt. — B. S. in Düsseldorf: 3,05 Mk. — S. S. in Berlin: 7,65 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüroau Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I. Fernsprechamt VI, 11919.
Bekanntmachung.
Die Buchdruckerei Hauginger in Königsblütte ist wegen Tarifkonfliktes für Verbandsmitglieder gesperrt.
Der Verbandsvorstand.

Rendsburg. Der Sezer Franz Ubersch, welcher vor 14 Tagen ohne Buch von hier abreiste und seinen letzten Wochenbeitrag nicht entrichtete, wird aufgefordert, diesen (1,60 Mk.) umgehend an den Kollegen Mader, Kutzestraße 1, einzuliefern, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Gilenburg. Vorsitzender: Karl Sucko, Augustenplatz 4.
Gesentkirchen. Kassierer: Aug. Wurmes, Elisabethstraße 15.

Stuttgart. (Stereotypen und Galvanoplastiker im Gau Württemberg.) Vorsitzender: Friedrich Seiffert, Mähringerstraße 155, II.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Unnaberg**-Buchholz der Drucker Karl Georg Griebel, geb. in Frohnau 1888, ausgl. in Unnaberg 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Eintracht** bei Gernheim der Sezer Max Kunzmann, geb. in Grina 1855, ausgl. in Gelenau 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Glauchau** der Sezer Willy Max Werfel, geb. in Niederfahre 5. Meizen 1886, ausgl. in Kreischa 1904; war noch nicht Mitglied. — C. W. Stoy in Gernheim, Anhaltstraße 41, II.

In **Urich** der Drucker Bernhard Dsker, geb. in Kirchdorf 1889, ausgl. in Urich 1907; war noch nicht Mitglied. — R. Kromminga in Leer in Ostfriesland, Königstraße 38.

In **Urin** die Sezer 1. Paul Valau, geb. in Berlin 1897, ausgl. das. 1906; 2. Friedrich Biering, geb. in Dalldorf 1888, ausgl. in Regal 1907; 3. W. Einhenkel, geb. in Warby a. E. 1887, ausgl. das. 1905; 4. Julius Eise, geb. in Riga 1885, ausgl. in Nichtenberg 1903; 5. Herm. Seejen, geb. in Krefeld 1885, ausgl. in Neudirchen 1904; 6. Bruno Hoffmann, geb. in Berlin 1889, ausgl. das. 1907; 7. Richard Krauel, geb. in Greifswald 1889, ausgl. das. 1907; 8. Otto Müller, geb. in Schwelheim 1862, ausgl. in Berlin 1880; 9. Otto Müller, geb. in Zempelburg 1887, ausgl. das. 1905; 10. Leo Nigte, geb. in Schneidemühl 1889, ausgl. das. 1907; 11. Heinrich Weissenborn, geb. in Pinneberg 1888, ausgl. in Neurode 1907; 12. Artur Wille, geb. in Weipen 1886, ausgl. das. 1904; 13. der Schweizerbege Richard Bugge, geb. in Petershagen 1888, ausgl. in Alt-Randsberg 1906; die Drucker 14. Wilh. Noack, geb. in Berlin 1889, ausgl. das. 1907; 15. Felix Rau, geb. in Berlin 1887, ausgl. das. 1907; 16. Bruno Schulz, geb. in Berlin 1880, ausgl. das. 1900; 17. Karl Schulz, geb. in Berlin 1889, ausgl. das. 1907; 18. Fritz Seelmann, geb. in Döhrsenleben 1861, ausgl. in Berlin 1892; waren noch nicht Mitglieder; die Sezer 19. Fritz Vertram, geb. in Stegnitz 1884, ausgl. das. 1904; 20. Willy Wige, geb. in Berlin 1887, ausgl. das. 1906; 21. Erich Danste, geb. in Fürstenwalde 1860, ausgl. das. 1868; 22. Georg Jung, geb. in Berlin 1876, ausgl. in Gerswalde 1894; 23. Karl Lewin, geb. in Glogau 1886, ausgl. in Berlin 1904; 24. Herm. Sühnerberg, geb. in Nauen 1857, ausgl. das. 1877; 25. Christian Rosenkrantz, geb. in Altenfischen 1879, ausgl. in Belslar 1897; 26. Heinrich Schröder, geb. in Lotze (S.-D.) 1860, ausgl. in Lemgo 1879; 27. G. Schwittge, geb. in Berlin 1878, ausgl. das. 1898; die Drucker

28. Paul Burghardt, geb. in Sonnenburg 1871, ausgl. in Berlin 1889; 29. Fritz Goeg, geb. in Danzig 1881, ausgl. das. 1899; 30. Willy Haspel, geb. in Berlin 1884, ausgl. das. 1903; 31. Paul Schulz, geb. in Steglitz 1876, ausgl. in Berlin 1894; 32. der Viezer Otto Desterreich, geb. in Schöneberg 1878, ausgl. in Berlin 1897; waren schon Mitglieder. — Albert Massini, Ritterstraße 88.

In **Breslau** der Faktor Heinrich Rijs, geb. in Hersfeld 1866, ausgl. das. 1884; war schon Mitglied. — H. Haertel, Friedrichstraße 100a.

In **Delmenhorst** die Drucker 1. Heinrich Boiken, geb. in Woltmershausen 1884, ausgl. in Bremen 1903; war schon Mitglied; 2. Heinrich Wendel, geb. in Bremen 1885, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — In **Wilhelmshaven** der Sezer Artur Ernst Friedrich, geb. in Starzard 1879, ausgl. das. 1897; war schon Mitglied. — F. Roth in Oldenburg, Bodstraße 13.

In **Düsseldorf** die Sezer 1. Heinrich Esch, geb. in Düsseldorf 1884, ausgl. das. 1902; 2. Wilhelm Bayer, geb. in Düsseldorf 1889, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In **Neuß** der Drucker Peter Rabben, geb. in Neuß 1870, ausgl. das. 1888; war noch nicht Mitglied. — H. Born in Düsseldorf, Schwanenmarkt 15, II.

In **Elberfeld** der Drucker Hermann Lphoff, geb. in Elberfeld 1881, ausgl. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — In **Wald** die Sezer 1. Karl Theodor Wortmann, geb. in Elberfeld 1874, ausgl. das. 1892; 2. Heinrich Lungstraf, geb. in Opladen 1888, ausgl. das. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — H. Marschall in Elberfeld, Humboldtstraße 53, II.

In **Flatow** (Westpr.) der Sezer Michael Roginic, geb. in Kreuz (Westpr.) 1870, ausgl. in Ugram 1890; war schon Mitglied. — H. M. David in Danzig, Grabengasse 9, II.

In **Güldenstadt** i. S. der Schweizerbege Robert Schulz, geb. in Labiau (Ostpr.) 1882, ausgl. das. 1900; war schon Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34, p.

In **Hamburg** 1. der Sezer Heinrich Obst, geb. in Hamburg 1886, ausgl. in Kellinghusen 1904; war schon Mitglied; 2. der Drucker Paul Wendroth, geb. in Essen (Ruhr) 1882, ausgl. in Wanne 1900; war noch nicht Mitglied. — W. Dreier, Beienbinderhof 57.

In **Neudargemünd** der Schweizerbege Karl Krefz, geb. in Wimpfen 1888, ausgl. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — In **Sinsheim** a. E. der Sezer Hermann Throm, geb. in Heibelsberg 1881, ausgl. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — R. Schneider in Heibelsberg, Obere Neudorfstraße 11b.

In **Oderberg** der Sezer Wilhelm Benoit, geb. in Oderberg (Mark) 1888, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Prenzlau** der Sezer Martin Wahl, geb. in Blankenburg (Kreis Angermünde) 1888, ausgl. in Prenzlau 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Wriezen** der Sezer Richard Hötst, geb. in Ludau (Laußig) 1888, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Karl Geseh in Gerswalde, Vittoriastraße 28, I.

In **Saarbrücken** der Drucker Franz Scheid, geb. in Münsfeld (Rheinpfalz) 1884, ausgl. in Kaiserslautern 1901; war noch nicht Mitglied. — W. Tholey in Malstatt-Burbach, St. Johannerstraße 41, III.

In **Wernigerode** der Sezer Friedr. Brauchhoff, geb. in Wernigerode 1890, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Krue in Halberstadt, Hinter der Mänge 17.

In **Wismar** i. M. der Schweizerbege Ad Fundel, geb. in Koburg 1888, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — S. Schumacher, Großschmiedestraße 29.

In **Thur** der Sezer Willy Schay, geb. in Diekau (Brau. Sachf.) 1886, ausgl. in Halle a. E. 1906; war noch nicht Mitglied. — Anton Baumann in Thur (Schweiz).

In **St. Gallen** (Schweiz) die Sezer 1. Christian Rebmann, geb. in Owen-Zeck (Württh.) 1890, ausgl. das. 1907; 2. Hans Schäfer, geb. in Frankfurt a. M. 1889, ausgl. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — Karl Hug, Zeughausgasse 2.

In **Wien** der Drucker Julius Meier, geb. in Zuckmantel 1886, ausgl. in Biegenhals (Schl.) 1904; war noch nicht Mitglied. — Leop. Hochop, Wien VII, Seidengasse 17.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Dem Sezer Wilhelm Poleste aus Berlin sind 68 Tage, dem Sezer Fr. Winckelmann aus Oppode 40 Tage, dem Sezer Dionis Holzmueller aus Zsny 31 Tage, dem Sezer Friedrich Klenke aus Stade 18 Tage und dem Sezer Gottlieb Keller aus Gaisburg 7 Tage zu den auf den Legitimationen angegebenen Unterstützungen zuzuschreiben, dagegen sind dem Sezer Julius Wiegacz aus Krum 10 Unterstützungen abzuschreiben. Ueber die Erledigung dieser Notiz wollen die Herren Verwalter in das Mitteilungsbuch der betreffenden Kollegen eine diesbezügliche Bemerkung machen.

Konstanz. Dem Sezer Ernst Wilhelm Schneller (Hauptbuchnummer 53942) wollen die Herren Reisekassenverwalter von der Reiseunterstützung 10 Mk. in Raten von 2 Mk. abgeben und portofrei an Richard Meister, Gottliebenstraße 40, einleihen.

Ravensburg. Die Herren Reisekassenverwalter werden freundlichst ersucht, dem auf der Reise befindlichen Sezer Ernst Bink aus Ludwigsburg (Hauptbuchnummer 27770) 1,60 Mk. für einen reiflichen Beitrag abzugeben und portofrei an Herrn Karl Buchmüller, Adlerstraße 33, einleihen zu wollen.

Wittenberge (Regbz. Potsdam). Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem Drucker Theodor Boonekamp 3 Mk. erhaltenen Reisevorschuß abzugeben und portofrei an den Kassierer H. Freye, Auguststr. 32, zu senden, event. Nachricht zu geben.

Veranstaltungskalender.

- Sarmen.** Bezirksversammlung Sonntag den 24. November in Gwelsberg im Restaurant „Zum Postwagen“. Antragsfrist bis zum 15. November einzuliefern.
- Serlin.** Bezirksversammlung heute Dienstag den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, Beuthstraße 20.
- Sohun.** Bezirksversammlung findet nicht in Vertretung, sondern in Langendeeber statt. Der Tag bleibt derselbe.
- Preußen.** Korrespondenzversammlung Mittwoch den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Seifenbock“, Kaufbachstraße 16.
- Gotha.** Versammlung Sonnabend den 9. November, im Volkshaus „Zum Mohren“.
- Hagen i. W.** Bezirksversammlung Sonntag den 17. November, in Hagen. Anträge hierzu sind bis zum 10. November an den Vorsitzenden Louis Lorenz in Hagen i. W., Heinitzstraße 30, erbeten. Alles weitere durch Zirkular.
- Halberstadt.** Bezirksversammlung Sonntag den 10. November, vormittags 11 Uhr, in Döhrsenleben im Gasthofs „Stadt Köhr“, Forsthausstraße 22.
- Krefeld.** Versammlung Samstag den 9. November, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.
- Kirchdorf-Priz.** Oberdeutsche Generalversammlung Sonntag den 10. November, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokal, Hermannstraße 49 (Hoppe).

Zwei perfekte Monoline-Maschinenseker sucht
 Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung, Berlin S 42, Oranienstr. 141.

Flotter, korrekter Seker für Inseraten, Werk- und leichten Abgaben; las sucht sofort tarifmäßige Kondition. Werte Offerten erbeten unter A. 505 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Es findet goldsichere Existenz kath. Fachmann! Buchdruckerei mit Blatt in Baden für 8300 Mk. zu verk. W. Olf, Nr. 465 an d. Geschäftsst.

Wort Großbuchdruckerei Westfalens wegen Betriebsvergrößerung in dauernde, gut bezahlte Stelle **gesucht:**

ein Maschinenmeister erste Kraft für Autotypie und Klattendruck mit R. & W. Zweifelhochmaschine und Universalsanlage vorzuziehen

ein Maschinenmeister erste Kraft im guten Werkdruck (Platten) und vertraut mit R. & W. variabler Notation. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften und Angabe der Lohnansprüche und des Alters an die Geschäftsstelle d. Bl. unter K. B. 497 erbeten.

Höhlefräser zuverlässige Hölzfräher, verlangt sofort Wilhelm Grossmann Schriftgießerei Schönberg, Berlin. [400]

Stempelschneider findet dauernde Stellung in der Schriftgießerei Dünsch, Frankfurt a. M. [503]

Gesucht werden zu baldigem Eintritte bei hohem Lohne je ein tüchtiger **Messinglinienbestoßer und Hobler** von **Otto Weisert, Stuttgart** [446] Schriftgießerei u. Messinglinienfabrik. **Maschinenmeister** verheiratet, in allen Arbeiten firm, auch mit Augsburger Notation vertraut, sucht sich, gestützt auf gute Zeugnisse, gelegentlich als Notations- oder Sezer-Maschinenmeister zu verändern. Werte Offerten unter Nr. 507 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Kürze ist des Witzes Seele! Nicht durch langatmige Artikel, sondern durch kurze, der Praxis entnommene Notizen und durch ihre von keiner Seite erreichten Originalsatz- und Druckmuster haben sich die „Typographischen Jahrbücher“ die Führung auf dem Gebiete der Akzidenz erworben und gesichert. Wir machen auf das soeben erschienene Oktoberheft besonders aufmerksam, dasselbe enthält hochoriginelle Satz-, Druck- und Papierbelegungen. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an.

Bereinigung Berliner Rotationsmaschinenmeister. Sonntag den 17. November, nachm. präzis 3 Uhr, in „Wendts Industrie-festitäten“, Beuthstraße 20:

Bereinsversammlung. Sonntag den 10. November findet in „Wendts Industrie-festitäten“ unser **Erstes Stiftungsfest** statt. Anfang 7 1/2 Uhr. Mitgliedsbuch legitimiert. Für Gäste Willets 30 Pf. [511]

Stempelschneider u. Zeuggraber in allen Arbeiten perfekt, sucht Stellung. Werte Off. unter Nr. 498 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

X. Obeine reguliert „Triumph“, D. R.-M. a. Keine Polster, elegant, bequem. Masse unnötig. Angabe ob X oder O. Diskreter Versand. Viele Anerkennungen. **Alfr. Hofmann Hannover-List, H. 347.**

Für den Vertrieb meiner Literatur und Buchdruckerartikel, insbesondere der sehr beliebten Buchdrucker-Mandolten, allerwärts, wo noch nicht vorhanden, Vertreter im Werbenerwerb gesucht. Dieselben können auch meine übrigen Artikel, als: rote Wandbilder für andere Branchen und Korporationen, Photographien, Reproduktionen, insbesondere die nur von mir allein als Spezialität gefertigten sogenannten „Dyallportraits“, farbenprächtige Bilder auf Glas gemacht nach jeder gegebenen Photographie usw., mitführen. Nur Personen in dauernder Position wollen sich melden. **Max Schmitz, Verlags- und Kunsthandlung Leipzig, Weidmannstr. 2.** — Ohne Risiko und Einlage! Muster gratis! —

Richard Härtel, Leipzig-R. (Inhaberin: Klara vorw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert franco **Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen.** Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Silbdruck** für Maschinenmeister: I. Konstruktionslehre. Geb. 3 Mk. — II. Leitfaden für das Formatmachen usw. Geb. 3 Mk. — Notationslehre nebst Rundstörertypie. Geb. 3 Mk.

DER : NEUE : TYP : DER

MONOLINE

Was bewährte
Fachgenossen
:: über die ::
MONOLINE
::: sagen: :::

„Einfachste, solideste und rentabelste Zeilengießmaschine“.

An die Monoline, Maschinenfabrik, Aktien-Gesellschaft Berlin SW. 13.

Ihrem geäußerten Wunsche nach einem Zeugnisse über die bei uns in Betrieb befindlichen 16 Monoline-Setzmaschinen wollen wir gern entsprechen. Es dürfte ja ziemlich allgemein bekannt sein, dass unsere Firma die erste in Deutschland war, die die „Monoline“ in Betrieb nahm. Wir haben seit Einführung der Maschine und deren Fabrikation in Europa ein lebhaftes Interesse an der „Monoline“ genommen, da wir sie stets für die einfachste, solideste und rentabelste Zeilengießmaschine gehalten haben. Wir haben im Laufe der Zeit 16 Monolines von Ihnen bezogen und in Betrieb genommen und arbeiten mit denselben seit einer Reihe von Jahren. Wenn auch die ersten Maschinen noch nicht in vollstem Umfange befriedigten, so können wir jetzt doch, nachdem Sie auch an diesen die von Ihnen konstruierten Verbesserungen angebracht haben, sagen, dass wir mit den Maschinen durchaus zufrieden sind und sie jedermann nur wärmstens empfehlen können. Die Haltbarkeit der Matrizen ist eine vorzügliche und währt bei uns durchschnittlich 14 Monate, gewiss ein gutes Resultat bei dem hastenden Zeitungs- betriebe, in dem wir die Maschinen verwenden. Die Leistung unserer Setzer, die teilweise recht schwieriges Manuskript zu verarbeiten haben, beträgt 5000 bis 6000 Buchstaben korrigierten Satz in der Stunde. Einzelne Glanzleistungen im Romansatz hervorzuheben, halten wir nicht für angebracht, da dadurch bei den Buch- druckern nur Irrtümer und Enttäuschungen erweckt werden. Die Einfachheit der Maschinen und ihre solide Konstruktion werden wohl am besten dadurch gekennzeichnet, wenn wir erwähnen, dass wir bei sämtlichen 16 Maschinen nur einen Mechaniker beschäftigen. Nach vorstehendem glauben wir die „Monoline“ wirklich jedem Buchdrucker empfehlen zu können und Ihrer Gesellschaft wünschen wir den besten, wohlverdienten Erfolg.

Hochachtungsvoll

W. Büxenstein, Buchdruckerei, Berlin SW.

504]

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

Fachgeschäft f. d. graph. Gewerbe
H. MATHAEUS
Stuttgart-Gablenberg
Empfehlen Collezen
sämtl. Fachartikel
und Schmucksachen
zu billigen Preisen
Katalog gratis u. franko.

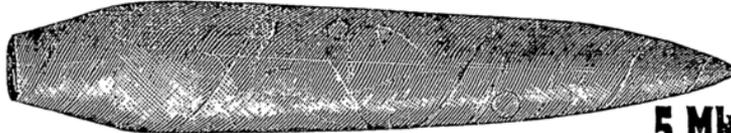
haben bisher alle Herren Kol-
legen durch Weiterempfehlung
oder Verkauf meiner neuen,
viel verlangten Artikel ohne
jedo Anlage in kurzer Zeit
verdient. Anfragen erbeten an
H. Gutbier, Berlin W 50 c.

Verlagsänderung!
Aus dem Selbstverlage von Herrn G. Gehen
in Plauen ging in meinen Verlag über:
„Der Kontrollzettel“. Aufstiel in 1 Auflage.
Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.
„Der Buchdruckerfreier“. Eine lustige Komödie
in 1 Auflage. 2. verbesserte Auflage. Preis
50 Pf. Porto 5 Pf. (3. Aufl. Druck).
„Der Herr im Kanne“. Pöffe in 1 Auflage. Preis
50 Pf. Porto 5 Pf. (3. Aufl. Druck).
Bei Abnahme von je 4 Exemplaren Auf-
führungsbrecht frei. [508]
Graph. Verlaganstalt, P. Goldschmidt,
Halle a. S.

Mäierscher Sekerbriefe [489]
(noch vollständig neu) für 12 Wk. zu verkaufen.
W. Dff. u. „Setzer“ postl. Schwerin a. W. erb.

Filzstich
echt englisch u. in Deutsch
für Notation und Schnell-
pressen, in Molekoll und
alle anderen gangbaren
Anfängerbegüße bei [21]
H. Andressen & Sohn, Hamburg.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.
**Wegen Gesellschaftsauflösung
einer Bremer Zigarrenfabrik**
mussten Lagerbestände geräumt werden u. verkaufen diese Sorten, so lange Vorrat reicht
35 bis 40 Prozent unter bisherigem Verkaufspreise!
Fein mild pikant aromatisch.



Juan Alvarez, 100 Stück 5 Mk.

Graciosa* (Sumatra, Yara-Cuba, St. Felix) 50 St.	2,75	Bernardo Lopez (Vorstl., Havana, Felix) 100 St.	6,-
Elsa*	2,75	Unverso* „ „ „ „	50 St. 3,25
Dona Elvira* „ „ „ „	2,75	Allice* „ „ „ „	3,25
Costa Rica* „ „ „ „	2,75	Colomena* „ „ „ „	3,25

Für jeden Zigarreninteressenten günstigste Kaufgelegenheit!
Nichtzusagendes nehmen zurück. 300 Stück franko Deutschland Nachn.
Die mit * bezeichneten Marken sind in Kisten zu 50 Stück verpackt. Verkauf nicht unter 100 St. netto Kasse.
Czollek & Gebale, Berlin C 2
jetzt: Neue Promenade 7, 1. Etg. (gegenüber Haupteingang „Stadtbahnhof Börse“.)
Geöffnet bis 9 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Sonntag den 17. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschafts-
haus“ (Saal I), Engelufer 15:

- Ordnentliche Generalversammlung.**
- Tagesordnung:
1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1908 bis 1910 (ein Arbeitgeber, zwei Arbeit-
nehmer);
 2. Wahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1908;
 3. Vortrag über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgehalte;
 4. Mitteilung der Kommission über die Vertragsverhältnisse der Kassenangestellten;
 5. Verschiedenes.
- Die Mitglieder werden ersucht, über die Angelegenheiten, welche sie eventuell zur Sprache
bringen wollen, der Kassenverwaltung vorher Mitteilung zu machen, damit das einschlägige
Material zur Stelle geschafft werden kann.
Berlin, den 21. Oktober 1907.

Der Vorstand.
Joh. Gleng, Vorsitzender. Otto Wankel, Schriftführer.

Invalidentasse der Berliner Buchdrucker in Liquidation.
Die unterzeichnete Liquidationskommission macht hierdurch bekannt, daß mit dem 1. August
dieses Jahres das gesamte Vermögen der Kasse aufgebraucht und die Tätigkeit der Kom-
mission hierdurch beendet ist.
Die Liquidationskommission: Gustav Ecker, Paul Maguan, Adolf Müller. [501]

Regelmäßige Mitteilung von.
Verlobungen
wird honoriert.
Dypermanns Verlobungsanzeiger
Berlin, Kantstraße 99. [350]

Liedertafel Gutenberg
von 1877. Hamburg-Altona.

Sonntag den 24. November, abends 8 Uhr beginnend:
Gemütliches Beisammensein mit Damen
im Vereinslokale, Kl. Rosenstrasse 16, zu welchem
die passiven Mitglieder nebst Damen freundlichst
eingeladen sind.

Achtung! :: Matinee!
Die Karten zur Matinee am 24. November sind
vergriffen! Der Vorstand. [510]

Der Seher
Georg Kurt Hofmann,
genannt Kunt,
geboren den 7. August 1875 in Cöberan i. S.,
wird erucht seine Adresse sofort mitzuteilen
wegen Erbgüterklärung an Theod. Baum,
Wsch. Frankfurt a. M., Eisenbachstr. 33, III.

Berlin.
Kollegier besucht das Restaurant Thierf. 5.
Nachzeitungen liegen aus. Mittagstisch. [413]

Nachruf!
Am 24. Oktober verschied in seiner Heimat
Flensburg unser lieber Kollege, der Setzer
Friedrich Andresen
aus Tönning im Alter von 36 Jahren. Ein
ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Dalsburg-Ruhrort. [498]

Am 28. Oktober verschied nach kurzem,
schwerem Leiden unser treues Mitglied
der Kollege
Heinrich Hilgers.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Gesangsverein Gutenberg, Düsseldorf.

Im politischen Schwierigkeiten aus dem Wege
zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ be-
stimmten Geldsendungen nicht an die Geschäfts-
stelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an
Konrad Eichler adressieren.